

Beschlussbuch

26. Landesdelegiertenkonferenz

der Jusos Brandenburg

vom 06.03. bis 07.03.2010

in Blossin



Antragsrubriken

A – Leitantrag / Arbeitsprogramm

B – Bildung

C – Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik

D – Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft

E – Europa, Frieden, Globalisierung, Sicherheit

F – Finanz- und Steuerpolitik

I – Initiativanträge

V – Infrastruktur und Verkehrspolitik

U – Umwelt

W – Wirtschaft – und Arbeitsmarkt

O – Organisation

Antragsübersicht

Nr.	Antragstitel	Antragssteller
A 1	Gemeinsam handeln - für ein neues sozialdemokratisches Projekt	Landesvorstand
B 1	Laptopbenutzung in die Schulen	Barnim
B 2	Keine weiter Finanzierung von Privatschulen durch die Landesregierung	Barnim
B 3	Abschaffung der Rückmelde- / Verwaltungsgebühr von 51,13 Euro an brandenburgischen Hochschulen	HSG Cottbus
B 4	Abschaffung der Rückmelde- / Verwaltungsgebühr von 51,13 Euro an brandenburgischen Hochschulen	Potsdam
B 5	Abschaffung von Anwesenheitspflicht zu Steigerung der Qualität der Lehre	HSG Cottbus
B 6	Gebührenfreiheit und Senkung in Bibliotheken für Kinder, Jugendliche, Schüler, Azubis, Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende und Studierende	HSG Cottbus
B 7	Finanzielle Unterstützung der Hochschulbibliotheken	HSG Cottbus
B 8	Gerechte Entlohnung von Auszubildenden	Dahme-Spreewald & LAK Bildung
B 9	Konsequente gegen versteckte Studiengebühren	HSG Frankfurt (Oder)
B 10	Mobbing gezielt verhindert	Landesvorstand
B 11	Fit für die Zukunft ! LehrerInnen für Brandenburg	Potsdam
B 12	Fit für die Zukunft ! Bessere Lehrerbildung für Brandenburg	Potsdam
B 13	Kopfnoten abschaffen!	Potsdam
B 14	Junge Geschichte besser beleuchten	Prignitz
B 15	Studienbedingungen nach sozialdemokratischen Idealen – Koalitionsvertrag schnell umsetzen	HSG Frankfurt (Oder)
C 1	Abschaffung des "Optionszwangs"	LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow Fläming & Dahme - Spreewald
D 1	Abschaffung der Direktwahl der Landräte	Dahme-Spreewald
D 2	Politik für Jugendliche attraktiv machen - Öffnung der Schulen für politische Jugendorganisationen	Dahme-Spreewald
D 3	Kommunales Wahlrecht für alle in Brandenburg lebende Menschen	LAK Inneres/Bürgergesellschaft

		ft & Teltow Fläming
E 1	Gegen die Einführung von Bodyscannern zur Abwehr von Terroranschlägen	LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow Fläming
F 1	Abschaffung der GEZ, Ersatz durch Finanzierung einer Steuerregelung	LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow Fläming & Dahme- Spreewald
I 1	Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst	Spree-Neiße
I 2	2. Staatssekretär im MIR	
I 3	Strafanmestie (Selbstanzeigen) abschaffen	Frankfurt Oder
I 4	Eckpunkte zur Hochschulgesetzgebung	HSG`n
V 1	W-LAN- Ausbau in den brandenburgischen Städten	Barnim
V 2	S-Bahn wieder in Hand der Länder	Landesvorstand
V 3	Straßenbegleitende Radwege	Märkisch- Oderland
U 1	Windkraftenergie	Barnim
U 2	Klimagas-Klausel ins Vergabegesetz	Frankfurt (Oder)
U 3	Sonnenenergie stärker nutzen	Ostprignitz- Ruppin
W 1	Überarbeitung des Programms ELENA - Daten auf der Chipkarte	LAK Inneres/Bürgergesellschaft
W 2	Ombutsfrauen und - männer für Jobcenter/ ARGEn	Potsdam
W 3	Faire Löhne auch für Auszubildende der Ausbildungsringe in Brandenburg	Spree- Neiße
O 1	Veränderter Ablauf der Bearbeitung und des Druckes von Änderungsanträgen	Barnim
O 2	Ausrichtung LDK 2011	Frankfurt (Oder)
O 3	Mitgliedschaft bei den Jusos Brandenburg - grenzenlos	Prignitz

2

4

6

8

10

12

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Leitantrag

6 **Gemeinsam handeln – für ein neues sozialdemokratisches Projekt**

1. Solidarität und Arbeit in der Moderne 6

8 2. Ein neuer Solidaritätsbegriff 8

10 a. Solidarität und Arbeit in Kommunen 8

10 b. Solidarität zwischen den Generationen 10

12 c. Ökologie 12

12 1) Umweltschutz und Solidarität 12

14 2) Artenschutz und Solidarität 13

14 3) Erneuerbare Energien, deren Entwicklung und Solidarität 14

d. Solidarität zwischen den Geschlechtern 14

16 3. Ein neuer Begriff von Arbeit 17

18 a. Wachstumsideologie 17

18 b. Arbeit und Leistung 19

20 c. Bildung und Arbeit 20

20 4. Forderungen an die SPD 22

22 **Solidarität und Arbeit in der Moderne**

24 Arbeitsteilung war der erste Impuls des modernen **industriellen** Zeitalters, der sich am
24 Ende des 18. Jahrhunderts erhob. Dieser beginnende Impuls bestimmt die Entwicklung
26 unserer Gesellschaft bis heute zutiefst. **Unter Arbeitsteilung versteht man die**
26 **organisatorische Zerlegung einer Arbeitsaufgabe in mehrere Teilaufgaben und deren**
28 **Zuweisung an einzelne Arbeitsausführende. Güter und Dienstleistungen wurden von**
28 **jetzt an nicht mehr von einzelnen Handwerksmeistern und Manufakturen hergestellt,**
30 **sondern von Fabriken und Maschinen in denen tausende Arbeiterinnen und Arbeiter die**
30 **einfachsten Tätigkeiten verrichteten. Die Arbeitsteilung hatte vor allem ein Ziel:**

2 Produktionssteigerung und Wachstum. Zweifellos stellte sich dieses Ziel ein: Es setzte
ein rasanter technischer Fortschritt ein, auf dessen Beschleunigung die Menschen
4 kaum angemessen reagieren konnten. Bald koppelt sich der Finanzmarkt von dem
Arbeits- und Gütermarkt ab: Man konnte jetzt mit Geld handeln, dessen Existenz noch
6 gar nicht abzusehen war. Hierin offenbart sich der grundlegende Widerspruch der
Moderne: Zwar werden durch den Versachlichungs- und Technisierungsprozess neue
8 Handlungsräume eröffnet, zur gleichen Zeit aber schließen sich die Beziehungen der
Menschen und Entfremdung tritt ein. Die gewonnene Individualität steht einer
10 zunehmenden Funktionalisierung des Zwischenmenschlichen gegenüber. Es entwickelt
sich, so könnte man sagen, ein ökonomischer Lebensstil, der in allen Sphären auf
12 höhere Effizienz, auf ein Mehr aus ist.

Die Ursprünge der sozialdemokratischen Bewegung setzen an einem anderen Punkt
14 an, der ebenso ausgeht von der Teilung der Arbeit und der Rationalisierung von
Produktion und Beziehungen: der damit verbundenen Ausbeutung derjenigen, die nicht
16 über das symbolische und mediale Kapital verfügten, also den Lohnarbeitern der
Fabriken. Während des Zeitalters der Industrialisierung und danach, schufteten sie
18 unter den schlimmsten Bedingungen für die Fabrikbesitzer. Ihre Arbeit kannte keine
Sicherheitsstandards, keine Mitbestimmung und keine gerechte Entlohnung. Trotz des
20 fortschreitenden Wachstums, fand in dieser Bevölkerungsgruppe eine große
Verelendung statt. Hier setzte die frühe sozialdemokratische Bewegung, als Bewegung
22 der Arbeitenden an. An ihnen macht sich die frühe Moderne ganz besonders kenntlich:
Nicht nur das die Kapitalbesitzenden den Zweck der Arbeiter in der Produktion von
24 Mehrwert für sich selbst sahen, sondern auch darin, dass Schichtbetrieb, am Fließband
laufende Einzeltätigkeiten und der erschöpfte Rückzug ins ‚Private‘ an ihnen die
26 Vereinzelung des modernen Menschen demonstriert. Gerade dies zu überbrücken war
das Ziel der sozialdemokratischen Bewegung: Durch die Herstellung einer Solidarität
28 untereinander sollte auch die Interpretation der Arbeiter als Mittel zum Zweck der
Kapitalbesitzenden abgeschafft werden.

30 Werfen wir den Blick von heute zurück: Der große Sieg der Sozialdemokratie ist
derjenige, die allgemeine Verständigung von Kapital und Arbeit erreicht zu haben.
32 Fraglos bestehen zahlreiche Probleme fort – verschärfen sich partiell derzeit –, derer
wir uns weiterhin annehmen müssen. Keines dieser Probleme aber ist derart
34 existenziell wie die damaligen. Die soziale Demokratie ist zu einem
gesamtgesellschaftlichen Projekt geworden, dem sich selbst die liberal-konservativen
36 Parteien nicht verwehren können: Soziale Gerechtigkeit ist zu einer unabdingbaren

2 gesellschaftlichen Norm geworden. Eben das ist es auch, was die heutige
Sozialdemokratie von anderen politischen Parteien unterscheidet: Sie ist kein
4 Klienteldienstleister, sondern politische Struktur, die sich der gesamten Gesellschaft
zuwendet.

6 Ebenso wie die Sozialdemokratie aber siegreich hervorgegangen ist, ist auch die
Moderne in ihrer Widersprüchlichkeit bis heute prägend. Die Pluralisierung von Werten,
8 Normen und Optionen, die vielfache Einordnung in unterschiedliche Gruppen und der
Individualismus haben sich durchgesetzt. Die Solidarität der Milieus sowie der Familie,
10 die noch der beginnenden Sozialdemokratie als stabilisierende Faktoren zur Verfügung
standen, haben sich letztlich aufgelöst. Das gesellschaftliche Kollektivbewusstsein der
12 vergangenen Jahrhunderte existiert am Ende selbst in der kleinsten Zelle nicht mehr.
Der Sozialdemokratie in ihrer heutigen „Krise“, die aus ihrem eigenen Erfolg heraus
14 resultiert, hat die Aufgabe, wieder ein neues gesamtgesellschaftliches Konzept zu
entwerfen.

16

Dabei stehen vorerst drei Fragen im Zentrum:

18 Wie soll die zukünftige Solidarität der Gesellschaft begriffen werden und welche
Konsequenzen hat dies?

20 Wie wollen wir Arbeit im 21. Jahrhundert verstehen?

Welche Rolle spielt hierbei die SPD?

22 **Ein neuer Solidaritätsbegriff**

Die Aufgabe eines neuen Solidaritätsbegriffes ist es, eine bisher ausgebliebene
24 Integrationsleistung zu erbringen: Die Individuen mit der Idee eines sinnvollen
Gemeinwesens zu verbinden. Bisher wurde rechtlich wie ideell versucht, eine
26 gesamtgesellschaftliche Solidarität durch Partikularsolidaritäten der Milieus oder der
Familie zu konstituieren oder ihr Fehlen abzufangen. Diese Zeit ist vorbei.

28 ***Solidarität und Arbeit in Kommunen***

Verständnis und Wertschätzung für das Gemeinwesen, also gelebte Solidarität, können
30 sich am ehesten dort entwickeln, wo die Folgen des eigenen Handelns unmittelbar
sichtbar werden. Dies ist in den Städten, Gemeinden und Kreisen unseres Landes
32 möglich. Bei einer überschaubaren Anzahl von Akteuren gibt es verfassungsrechtlich
garantierte Zuständigkeiten, die teilweise von großer Bedeutung für den Alltag aller

2 Bürger sind. Die Mitwirkung aller Menschen an den Fragen des Zusammenlebens ist
hier die Voraussetzung für ein gutes Leben. Gemeinsame Diskussionsrunden, in denen
4 man sich über die unterschiedlichen Perspektiven verständigt, müssen stärker in den
Vordergrund rücken – nicht nur, wenn man in diesem Moment Betroffen ist.

6 Gerade im Bewusstsein dieser Bedeutung von Kommunalpolitik haben sich die Jusos
bei den vergangenen Kommunalwahlen für junge Kandidaten stark gemacht. Solidarität
8 bedeutet eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen an den
Aushandlungsprozessen der Gemeinschaft. Alter und Erwerbstätigkeit sind hier keine
10 Qualitäten. Auch die Jugendlichen müssen an der Gestaltung ihrer Umgebung beteiligt
werden. Die Wähler bestätigten diese Erwägungen, indem sie zahlreiche junge
12 Kandidaten zu Stadtverordneten, Gemeindevertretern oder Kreistagsabgeordneten
machten.

14 Ein Schwerpunkt der kommunalen Tätigkeit liegt in dem Fungieren der Kommunen als
Träger der grundlegenden Bildungseinrichtungen. Die Jusos haben bereits frühzeitig
16 den Bedarf an Investitionen in diesem Bereich benannt. Folgerichtig setzt junge
Kommunalpolitik in diesem Zusammenhang auf verstärktes finanzielles Engagement.

18 Frustrierend ist allerdings mitunter die strikte Grenze kommunaler Verantwortung, die
zwischen Sachmitteln und Personal verläuft. Insbesondere die Vergab von
20 Leitungsfunktionen nach Besoldungsrichtlinien statt nach Qualität ist inakzeptabel. Es
kommt hier auf ein verantwortungsvolles Zusammenwirken von Schule, kommunaler
22 Vertretung und Land an. Dazu müssen der Schule und den kommunalen Trägern der
Bildungseinrichtung zum Land gleichberechtigte Mitspracherechte bei der Vergabe von
24 Leitungsaufgaben gesetzlich zugesichert werden.

Auch die klare Aufteilung von Zuständigkeit und Verantwortung sollte der
26 Landesgesetzgeber einer steten kritischen Überprüfung unterzogen werden. Gerade im
Bereich der Kommunalaufsicht hat sich ein Regime des Nebeneinanders von Aufsicht
28 des Kreises und des Landes entwickelt, das dem Ziel von rechtmäßigem
Verwaltungshandeln in Gemeinden und Städten nicht immer zuträglich ist.

30 Grundlegend bleibt das Prinzip der Nachhaltigkeit. Durch Maßnahmen zur
konjunkturellen Belebung werden Staatsschulden angehäuft, deren Höhe die Frage
32 aufwirft, ob eine Begleichung derselben jemals ernsthaft angestrebt werden soll.

Zumindest im kommunalen Bereich darf das Ziel des ausgeglichenen Haushalts im
34 Sinne der Generationengerechtigkeit jedoch nicht aus den Augen verloren werden. Eine
Umlagerung von Bundes- oder Landesausgaben auf die jeweils unteren Gliederungen
36 lässt dabei die Schulden von Bund oder Land nicht verschwinden, sondern verlagert

2 das Problem nur. Das Land muss sich der von ihm selbst ausgegebenen Zielstellung
entsprechend verhalten und somit stets dem Grundsatz folgen, dass es keine
4 Aufgabenübertragung ohne deren finanzielle Absicherung geben darf.

Solidarität zwischen den Generationen

6 Unsere Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Auf der einen Seite
werden die Menschen immer älter, auf der anderen aber, werden immer weniger Kinder
8 geboren. Das Problem, das sich ergibt, ist klar: Der Generationenvertrag in der heutigen
Form lässt sich kaum halten. Es ist nötig, dass das Renteneintrittsalter nicht zu einem
10 Austritt aus der aktiven Mitarbeit in der Gemeinschaft wird. Man muss erreichen, dass
das Ehrenamt, noch mehr als bisher und gerade auch die ehrenamtliche Tätigkeit von
12 Älteren, zur Stütze der Gesellschaft wird und auch als solche angesehen und
respektiert wird. Durch einen neuen Begriff der Arbeit kann die Grenze zwischen
14 Arbeitenden und nicht mehr Arbeitenden überwunden werden: Erwerbsarbeit darf das
Zusammenleben der Menschen nicht mehr alleine definieren.
16 Darüber hinaus müssen alle darauf hinarbeiten, ein familienfreundliches Klima in der
Gesellschaft zu schaffen, um die demographische Entwicklung nicht noch **zu**
18 **verschärfen**. Dies ist eine Aufgabe für jeden Menschen in unserem Land: Politisch darf
die Frage darüber, ob ein Paar Kinder möchte, nicht durch finanzielle Erwägungen
20 dominiert werden. Die Freude über Kinder aber, die Annahme ihrer Lautstärke und
Neugierde, die sich nicht in gesetzliche Normen und Ruhevorstellungen pressen lassen,
22 muss jeder Mensch für sich verinnerlichen, um die Mentalität der Gemeinschaft zu
drehen.

24

Internationale Solidarität

26 Es erscheint nichtsdestoweniger mehr als fraglich, ob die Veränderungen in der
Altersstruktur der deutschen Bevölkerung – wie in der Vergangenheit - alleine durch
28 Produktionssteigerungen aufgewogen werden können. Hinzukommen muss ein
modernes, dem Menschen zugewandtes Einwanderungsrecht. Migration ist als solches
30 ein Vorgang, der dem Menschen ureigen ist. **Migration ist für Brandenburg seit jeher ein
Segen. Brandenburg soll eine Heimat für alle Menschen sein. Dafür ist ein modernes
32 Einwanderungsrecht und ein menschliches Asylrecht nötig, das nicht nur humanitäre
Anforderungen erfüllt, sondern auch für Personen attraktiv ist, deren Zuwanderung eine
34 Bereicherung für unsere Gesellschaft ist. Es darf nie mehr dazu kommen, dass
Zugewanderte aufgrund von Herkunft, Aussehen oder persönlicher Lebensgestaltung**

2 ausgegrenzt, verfolgt oder sogar angegriffen werden. Stattdessen müssen diejenigen,
4 die eine solche Ausgrenzung betreiben konsequent bekämpft werden. Jedes Zeitalter
6 zeichnet sich durch spezifische Bevölkerungswanderungen aus; Grenzziehungen
8 erscheinen in diesem Lichte als sehr fragwürdig. Problematisch sind hier insbesondere
10 die EU-Außengrenzen, die Europa quasi zu einer Festung machen. Wir wollen, dass
12 diese unmenschlichen Mauern fallen. Sie sind die Barrieren derer, die ihren zeitlich
14 befristeten Wohlstand nicht teilen wollen. Nun erscheint es vielleicht utopisch, Grenze
16 und Zölle von heute auf morgen abschaffen zu wollen, zumal dadurch vorhersehbare
Konflikte mehr Unheil anrichten als nützen würden. Allerdings muss auf eine Welt mit
weniger Barrieren hingewirkt werden, die Menschen voneinander trennen. Weiterhin
muss man sich der Ursachen der oben genannten Probleme in den Heimatländern
widmen. Es ist nicht zu viel verlangt, wenn Entwicklungshilfe nicht mehr nur als
Almosen für Bedürftige, sondern als zivilisatorische Pflicht aufgefasst wird. Die
Aufstockung derselben auf den international vereinbarten Betrag von 0,7 Prozent des
Bruttosozialprodukts ist daher mehr als überfällig.

Infrastruktur, Solidarität zwischen den Regionen

18 Neben der Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft findet derzeit aber auch
20 eine ganz andere grundlegende Veränderung statt: Gerade in den neuen
22 Bundesländern kommt es zur Entvölkerung ganzer Landstriche. Die daraus
24 resultierenden Probleme liegen auf der Hand: In peripheren Regionen dünnt sich die
26 Infrastruktur immer weiter aus, während sie in den urbanen Teilen unseres Landes
28 kaum ausreichend ist. Diesem Zentrum-Peripherie-Gegensatz muss durch flexible
30 Regelungen mit Augenmaß begegnet werden. Ziel aller Bemühungen muss es sein,
32 jungen Menschen eine Perspektive zum Bleiben oder zum Wiederkommen zu bieten,
34 denn sie sind die Zukunft der Regionen. Dies erfordert immense politische Anstrengung
auf allen Ebenen, bei der die Regionen sich nicht gegenseitig bekämpfen dürfen – auch
hier zählt ein ständiges Mehr nicht. Die Abschaffung einer Zweitwohnsitzsteuer für
Auszubildende und Studierende ist nur ein Beispiel. Wie sich bereits gezeigt hat, ergibt
sich aus diesen umfassenden Veränderungen, dass ein neuer Begriff von Solidarität
eine neue Form des Miteinanders beinhaltet. Jeder Einzelne lebt in einer privaten *und* in
einer öffentlichen Sphäre, denen beide spezifische Werte angehören, die geachtet und
unterstützt werden müssen. Unsere Gemeinschaft kann es sich dabei nicht leisten,
Menschen auszuschließen und auf der Strecke zu lassen. Es ist unabdingbar, dass es
darum geht, wie man *gemeinsam* handelt und nicht für sich selbst im *Gegeneinander*
besteht.

2 **Solidarität – gemeinsames Handeln**

4 Zwischen den vorgenannten Problemen und nötigen Anforderungen besteht ein
Gesamtzusammenhang: Sie resultieren aus der Annahme, dass nur der Eigennutz und die
6 Konkurrenz Motoren für ein fruchtbares und friedliches Zusammenleben sind. In der jüngsten
Vergangenheit wurden deshalb viele Regeln, die ein solidarisches Miteinander garantieren, über
8 Bord geworfen, um den scheinbar guten Egoismus des/der Einzelnen zu befördern. Man hat
Gemeinwesen so zu einem Markt gemacht, der sich durch Konkurrenz und Gewinnstreben
10 weiterentwickeln sollte. Dieser Ansatz wurde mit einer immer mehr zusammenwachsenden
Welt, mit immer größeren Herausforderungen an die Gesellschaft und jedes/jeder Einzelnen
12 begründet. Derartige Ansätze wurden auch von weiten Teilen der SPD vertreten. Wir mussten
aber feststellen, dass diese Antwort ein Irrweg ist. Trotzdem hat sich unsere Gesellschaft in den
14 letzten 20 Jahren stark verändert. Diese Zeit braucht deshalb ihre eigenen Antworten.

Ökologie

16 Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sieht sich die Menschheit vor eine zentrale Frage
gestellt: Wie sichern wir den globalen Wohlstand und entwickeln wir uns weiter, ohne
18 unseren Planeten vollends aus dem ökologischen Gleichgewicht zu bringen? Solidarität
ist dabei in vielerlei Hinsicht gefragt: Zwischen den Generationen, damit auch Kinder
20 und Kindeskindern noch eine lebenswerte Heimat vorfinden. Zwischen Wohlhabenden
und aufstrebenden Mächten, um eine für beide Seiten akzeptable Entwicklung zu
22 erreichen. Solidarität mit den Ärmsten, dass ein Existenzminimum verbleibt und
Chancen des Aufstiegs geschaffen werden.
24 Fragen der Ökologie müssen in diesem Umfeld in das Bewusstsein aller gerufen
werden. Dabei droht der Begriff der Ökologie in seinem Facettenreichtum durch das viel
26 bemühte Schlagwort des Klimawandels ersetzt zu werden. Er umfasst jedoch weitaus
mehr, nämlich auch den Schutz der Umwelt und die Erhaltung der Artenvielfalt.

Umweltschutz und Solidarität.

Umweltschutz und Solidarität bedeutet mehr als nur die Trennung von Müll oder die
30 Vermeidung von Verpackung. Umweltschutz ist auch die Achtung und Vermeidung von
Verschwendung natürlicher Ressourcen wie Wasser, Strom oder Benzin. **Der Begriff**
32 **Solidarität steht hier im engen Zusammenhang mit dem Begriff Nachhaltigkeit.**
Nachhaltigkeit bedeutet, den kommenden Generationen ein intaktes ökologisches,
34 **soziales und ökonomisches Gefüge zu hinterlassen.** Ein maßvoller Umgang mit dem
Blick auf die zukünftigen Generationen und andere Regionen der Erde ist
36 unumgänglich, damit die Menschen der Industriestaaten in ihrem Glauben an
Wachstum die Erde nicht zerstören. Dass permanentes Wachstum mit steigendem
38 Ressourcenverbrauch nicht kompatibel ist zu den begrenzten Ressourcen der Erde ist
selbstverständlich und muss in das Blickfeld von Wirtschaft, Gemeinwesen und allen

2 Individuen eindringen. Umweltfreundlichere Fortbewegungsmittel erhalten, ausbauen
und weiterzuentwickeln oder den Stromverbrauch in jedweden Bereichen und mit
4 vielfältigen Mitteln einzuschränken, ist Aufgabe aller Individuen und gesellschaftlicher
Systeme. Sie hängt von einem Selbstzwang zur Begrenzung ab, um wieder vor die
6 Grenze der Ressourcenüberschreitung zu kommen. Diese Prinzipien der
Selbstbegrenzung und des nachhaltigen Wirtschaftens müssen keine Einschränkung für
8 unsere Lebensqualität sein. Produkte aus ökologischem Landbau und fairem Handel
sind oft qualitativ besser und gesünder als herkömmliche Produkte. Sie machen unser
10 Leben besser. Ökologischer Landbau hilft, fast vergessene Nutztier- und Pflanzenarten
und althergebrachte, schonende Anbaumethoden zu erhalten. Es ist solidarisch
12 Ökolandbau weiter zu etablieren und zu fördern, damit Bio-Produkte für breitere
Schichten verfügbar werden. Wirtschaftsbeziehungen und Güterströme, die im
14 regionalen Zusammenhang bleiben und Transporte von Tieren und Nahrung durch
ganz Europa vermeiden, helfen zusätzlich den Ressourcenverbrauch zu mindern und
16 die Qualität zu steigern. Eine weitere Frage stellt sich mit der fortschreitenden
Medikalisierung der Gesellschaft für die Ökologie: Die Auswirkungen der chemischen
18 Verbindungen, die wir über Exkrememente, Abflüsse und viele weitere Wege in das
ökologische System einleiten, sind weder im Bewusstsein der Menschen noch der
20 Politik angekommen. Hier besteht dringender Bedarf für eine öffentliche Debatte. Ferner
sind wir mit der Gentechnik konfrontiert, die neue Fragen im Bereich Umweltpolitik
22 aufgeworfen hat. Die Chancen und der Nutzen, die die Gentechnik für die Menschheit
birgt, muss noch weiter erforscht werden. Eine Fortentwicklung und Etablierung dieser
24 Technologie zulasten von nachhaltigeren Lösungen, insbesondere in Brandenburg,
kann es aber nicht geben.

26 **Artenschutz und Solidarität.**

Der Artenschutz ist mehr als nur das Füttern der Vögel im Winter, ist umfangreicher als
28 das Erhalten von Insektenbehausungen. Es sind nicht nur die großen Katastrophen,
das Verschwinden von Eisbären, Walen oder Tigern auf der Welt. Mehr noch, mit jedem
30 Abholzen von Wald zur Gewinnung wertvoller Rohstoffe wie Sand oder Kohle, mit
jedem Bau einer neuen Straße oder eines neuen Gewerbegebietes, geht ein Stück
32 Natur verloren und veranlasst die Tiere dazu sich neue Reviere zu suchen und sich neu
zurechtzufinden. Ein solidarisches Denken ist gerade in diesem Bereich wichtig. Ist
34 dieses Bauvorhaben unbedingt nötig und welche Renaturalisierungsmaßnahmen
können den Wildbestand erhalten? Diese und andere Fragen müssen stärker von

2 **Entscheidungsträgern in Betracht gezogen werden.** Längst für ausgestorben erklärte
Tierarten fanden bei uns wieder eine neue Heimat und mit ihrem Erscheinen muss sich
4 auch der Mensch wieder an ihre Anwesenheit und ihre Eigenheiten gewöhnen. Ein
respektvoller Umgang ist Solidarität und noch mehr: Wir Menschen brauchen uns nicht
6 einzubilden, dass eine Veränderung im ökologischen System der Tiere und Pflanzen
keine Auswirkungen auf uns hätte.

8 **Erneuerbare Energien, deren Entwicklung und Solidarität.**

Die natürlichen Ressourcen werden knapper, neue Energiequellen müssen erschlossen
10 werden, um ein lebenswertes Leben nach uns noch gewährleisten zu können. Wir sind
heute in der Lage unsere Fähigkeiten stärker als in den Jahrhunderten davor für die
12 Erforschung und Entwicklung neuer Technologien einzusetzen. **Die Atomtechnologie
zählt für uns nicht zu diesen neuen Technologien. Die Risiken der Atomtechnologie und
14 das Problem der Endlagerung des radioaktiven Abfalls ist eine Zumutung für künftige
Generationen. Sie davor zu bewahren ist ein Akt der Solidarität. Atomkraftwerke haben
16 daher keine Zukunft, sie müssen mittelfristig vom Netz genommen werden. Eine
Vielzahl von Möglichkeiten bietet sich uns auf dem Gebiet neuer Technologien. Im
18 Hinblick auf ihre dauerhafte Anwendung und die umfangreichen Einsatzmöglichkeiten,
muss dieses Gebiet der Ökologie stärker in den Mittelpunkt aller Überlegungen gerückt
20 werden. Brandenburg kann in diesem Technologiebereich führend werden. Hierbei
muss es, im Rahmend der technischen und geografischen Gegebenheiten, einen Mix
22 aus den verschiedensten alternativen Energieformen geben. Dies würde ein Festhalten
an der Braunkohle längerfristig überflüssig machen. Auch die Unterstützung privater
24 Haushalte bei der Erprobung und Verwendung neuer Energiemöglichkeiten ist eine
Form der Solidarität. Nicht immer ist das Bestehen auf gängigem Recht und Gesetz von
26 Vorteil und Solidarität bedeutet auch diejenigen zu unterstützen, die bei der
Energieversorgung einen anderen Weg gehen wollen und sich stärker von bestehenden
28 Strukturen unabhängig machen wollen. Sie sind vor kommunaler Gängelung zu
bewahren und in ihrem Bestreben eine dezentrale und unabhängige Energieversorgung
30 aufzubauen zu unterstützen.**

Solidarität zwischen den Geschlechtern.

32 Der ursozialdemokratische Gedanke, dass Männer und Frauen gleich sind und die
gleichen fairen Chancen in ihrem Leben haben sollen, bleibt bei der Bestimmung einer
34 neuen Solidarität in unserer Gesellschaft aktuell. Wir müssen sogar noch mehr
Anstrengungen als bisher unternehmen, um diesen Grundsatz auch wahrhaftig zu

2 leben. Die nächsten wirtschaftlich schweren Jahre werden zeigen, ob unsere
Gesellschaft es schafft, diesen Grundsatz in die Realität umzusetzen. Denn wer von
4 wahrer Gleichberechtigung von Mann und Frau spricht und diese auch umsetzen
möchte, der muss zunächst diverse Ungerechtigkeiten überwinden.

6 Die Gleichberechtigung von Mann und Frau hängt unweigerlich mit der der
Arbeitstätigkeit der Frau zusammen. Nur eine Beschäftigung mit einer angemessenen
8 Bezahlung sichert in unserer heutigen Gesellschaft ein wirklich selbstbestimmtes
unabhängiges Leben. Eine solidarische Gesellschaft muss jedem ihrer Mitglieder
10 unabhängig vom Geschlecht die Möglichkeit geben, das eigene Leben frei und
selbstbestimmt zu leben, den eigenen Lebensentwurf zu verwirklichen. Dazu gehört,
12 sich den Lebensunterhalt selber zu verdienen, frei zu entscheiden, ob Kinder dazu
gehören und in welcher Form der Partnerschaft man leben möchte.

14 Die Beschäftigung der Frau ist noch immer keine Selbstverständlichkeit. Noch immer
stehen Mutterschaft und Karriere selten in Einklang, schließen sich Elternschaft und
16 Vollbeschäftigung beider Partner noch immer zu oft aus, von der geschlechtergerechten
Bezahlung ganz abgesehen. Gleichzeitig sehen sich viele Frauen einer gewissen
18 Skepsis gegenüber, wenn sie sich für eine ausschließliche Mutterschaft und gegen eine
Berufstätigkeit entscheiden. Und zusätzlich belohnt ein geschlechterungerechtes
20 Steuersystem ein althergebrachtes Lebensmodell, das nicht mehr von allen gewollt
geschweige denn notwendig ist. Die Gleichwertigkeit der Lebensentwürfe braucht eine
22 umfassende Anerkennung aller Individuen, Organisationen und Systeme der
Gesellschaft. Es ist unsere Aufgabe, diese Gleichheit auch politisch zu ermöglichen.

24 In einer Gesellschaft, die in den nächsten Jahren immer älter wird, in der uns
Fachkräfte fehlen und Einzahler in unsere Sozialsysteme, kann auf die gesellschaftliche
26 Leistung der Frau und auf kein einziges Kind verzichtet werden. Es muss das
Bewusstsein wachsen, dass die Rolle der Frau unweigerlich auch mit einer möglichen
28 Mutterschaft verbunden ist, was eine Frau jedoch nicht von einer Berufstätigkeit
ausschließen muss. Eine moderne und solidarische Gesellschaft muss angesichts der
30 zukünftigen Herausforderungen sowohl Männern als auch Frauen den Zugang zu
Beschäftigung gleichermaßen ermöglichen, wenn sie es denn wollen. Dazu gehört,
32 dass Frauen das Muttersein aber auch Väter die Vaterschaft mit dem Arbeiten so
verbinden können, dass sie an keiner Stelle etwas vernachlässigen. Das bedeutet, dass
34 die Gesellschaft einen Teil einer qualitativ hochwertigen Kinderbetreuung übernimmt.
Schließlich dient dies der Ausbildung der nächsten Generation der Gesellschaft, sollte
36 also Selbstzweck sein. Das gesamte System der finanziellen Förderung von Kindern,

2 sollte auf ein System der Bereitstellung qualitativ hochwertiger Infrastruktur umgestellt
werden. Gut ausgestattete Kinderbetreuungseinrichtungen und ausreichend hoch
4 qualifiziertes Personal sind hier die entscheidenden Faktoren, die im Ergebnis
wesentlich mehr bewirken als Pauschalen, deren Verwendung nicht vorhergesehen
6 werden kann.

Neben einer staatlichen Förderung von Chancengleichheit benötigen Kinder ihre
8 Familie, wobei hier nicht ausschließlich eine klassische Variante gemeint sein ist. In
unserer heutigen Zeit mit den verschiedensten Lebensmodellen ist Familie überall da,
10 wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Wo Menschen füreinander
einstehen und sich gegenseitig helfen, wo Kinder erzogen und die Älteren gepflegt
12 werden, da wird die Solidarität gelebt, die unsere gesamte Gesellschaft wieder für sich
entdecken muss. Menschen können noch füreinander einstehen und tun dies auch
14 nach wie vor in ihren Familienstrukturen. Dabei existiert heute kein
blutsverwandtschaftlicher Mechanismus, auf den man gesetzlich zurückgreifen könnte.
16 Die Familie hat eine Umwertung erfahren und stellt sich nicht mehr als ein finanzielles
Ausgleichssystem zwischen den Mitgliedern dar. Das Individuum hat sich hiervon
18 emanzipiert.

20 ***Gerechte Entlohnung und Solidarität***

Zu einer solidarischen Gesellschaft gehört daher umso mehr eine gleichberechtigte
22 Entlohnung. Eine Entlohnung von Frauen oder Menschen mit Migrationshintergrund,
die geringer als die eines Mannes bei gleicher Qualifikationen ist, hat systematische
24 Ungleichheiten für die Gesellschaft zur Folge. Sie führt dazu, dass viele Frauen
aufgrund des guten Verdienstes des Mannes und dem Steuersystem, das die Ehe
26 bevorzugt, zu Hause bleiben. Menschen mit Migrationshintergrund oder Eingewanderte
entscheide sich gegen eine Integration in unsere Gesellschaft. Alleinerziehende
28 hingegen erhalten häufig unterm Strich weniger Geld, wenn sie arbeiten gingen, als
wenn sie auf Kosten des Staates zu Hause bleiben. Entlohnung muss unabhängig vom
30 Geschlecht, Familienstand oder Herkunft erfolgen, nur bedingt durch die Leistung des
Individuums. Diese Gleichberechtigung entspricht der Individualisierung in unserer
32 Gesellschaft und ist die Grundlage für eine gesamtgesellschaftliche Solidarität. Nur so
können wir in Zukunft auch unsere Sozialsysteme neu aufgestellt werden. Ist die
34 Wirtschaft nicht in der Lage, dies zu regeln, so muss der Staat hier im Sinne seiner
Bürger eingreifen und für die geschlechtergerechte Entlohnung eintreten. Es ist aber

2 auch Aufgabe eines jeden, sich dieser Notwendigkeit bewusst zu machen und danach
zu handeln. Sozial im engeren Sinne

4 Die SPD hat sich klar zum vorsorgenden Sozialstaat bekannt. Das war richtig und
wegweisend. Den Gedanken der Vorsorge in den Mittelpunkt zukünftiger
6 sozialdemokratischer Sozialpolitik zu stellen, bedeutet nicht, die Nachsorge beiseite zu
schieben. Sie bleibt integraler Bestandteil der sozialen Versorgung, soll aber durch eine
8 konsequente Verwirklichung der Vorsorge in Zukunft allmählich überflüssig werden.
Vereinfacht gesprochen: Macht ein Schüler Abitur und Ausbildung, so dürfte er im Laufe
10 seines Lebens weniger auf staatliche Leistungen zur Finanzierung seines
Lebensunterhalts angewiesen sein, als wenn er die Schule nach der achten Klasse
12 abgebrochen hätte. Gerade die Kinder aus dem Prekariat gilt es aus ihrer vererbten
immateriellen und materiellen Armut zu befreien. Dies kann nur durch eine aktivierende
14 Politik geschehen, die es ermöglicht, den betroffenen Kindern bereits im frühen Alter
Bildung angedeihen zu lassen und durch Ganztagschulen Freizeitmöglichkeiten
16 jenseits von BigBrother und PlayStation aufzuzeigen. Bisherige Barrieren, die der
selbstbestimmten Entwicklung von Jugendlichen entgegenstehen, müssen abgeschafft
18 werden. Beispielhaft dafür ist der Einzug des verdienten Geldes eines Jugendlichen
z.B. bei Ferienarbeit oder über Stipendien, wenn seine Familie staatliche Unterstützung
20 erhält. Diese Reproduktion von Armut steht unserem Gesellschaftsentwurf entgegen:
Individuelles Engagement muss belohnt, nicht bestraft werden. Erst durch solche
22 Investitionen in die Menschen wird ein freies Leben in Selbstbestimmung ermöglicht,
das viel mehr zu bieten hat als staatliche Alimentation auf existenzsicherndem Niveau.
24 Aktivierende, vorsorgende Sozialpolitik ist damit Ausdruck unserer Grundwerte Freiheit,
Gerechtigkeit und Solidarität!

26

Ein neuer Begriff von Arbeit

Wachstumsideologie

28 Der Glaube an Wachstum, das ständige Mehrwerden, besteht darin, dass man für das
30 fortbestehen unseres Systems ein ständiges exponentielles Wachstum voraussetzt.
Wenn man sich die Vergangenheit anschaut, sieht man auch, dass es ein solches
32 Wachstum gab. Dieses Wachstum aber basierte entweder auf regelmäßigen
Katastrophen, nach deren Zerstörung dann neu aufgebaut wurde, oder aber auf
34 revolutionären technischen Neuerungen. Egal ob durch Katastrophen oder technische

2 Neuerungen, alle diese Veränderungen zogen auch eine Veränderung der Gesellschaft
nach sich. Man muss sich die Frage stellen, ob Wachstum also regelmäßige radikale
4 Veränderungen benötigt. Die wohl größte Phase der Veränderung und des Wachstums
setzte mit der Industrialisierung ein. Die Bevölkerung explodierte zum einen, zum
6 anderen wurde es möglich, Waren in Mengen zu erzeugen, wie es vorher nicht möglich
schien. Im Ergebnis dessen, kam es aber auch zu einer grundlegenden Veränderung
8 der Gesellschaft, zu der eine politische und eine kulturelle Revolution ebenso beitrugen.
So begann das Bürgertum mit der Abschaffung der Stände seine politische Macht zu
10 entfalten, aber auch die einfache Arbeiterschaft begriff unter den miserablen
Produktionsbedingungen des frühen industriellen Kapitalismus stärker werdend, dass
12 sie ein politisches Rolle in der Gesellschaft einnehmen muss, um die eigene Situation
zu verbessern. So beanspruchten immer mehr Menschen Teilhabe am politischen
14 Geschehen.

Parallel dazu begann aber auch eine angesichts von Serienproduktion und technischen
16 Fortschritt beispielloser militärischer Aufrüstung, in die große Teile des erreichten
Wachstums mündeten. Man hatte das Ziel, das Wachstum nicht miteinander zu
18 erreichen, sondern in Konkurrenz. Es waren immer neue Märkte nötig und es begann
ein immer aggressiver werdender Wettlauf. Ebenso enthalten in diesem Wettlauf ist der
20 noch heute bestehende Wille, nichts von diesem Wachstum abzugeben, sprich, durch
Subventionen Bereiche langfristig am Leben zu halten, die sich sonst Veränderungen
22 stellen müssten. Sicherlich ist das kurzfristig und punktuell sinnvoll, langfristig im
großen Rahmen jedoch mit gravierenden Folgen verbunden. So nutzt man in Afrika
24 lieber Milchpulver und tiefgefrorene Hühnchen aus Europa, weil sie durch Subventionen
billiger sind, als örtliche Produkte.

26 Wirtschaft, Politik und die Menschen müssen verstehen, dass irgendwann ein Punkt
erreicht ist, bei dem man nicht mehr darauf zählen kann, dass alles immer mehr wird
28 und man mit dem „mehr“ später die heutigen Schulen bezahlen kann. Dies liegt auf der
Hand, wenn man betrachtet, dass alle materiellen Produkte aus Rohstoffen hergestellt
30 werden. Diese Rohstoffe verständlich auf unserer Erde nur begrenzt verfügbar sind.
Dies gilt selbst für sogenannte nachwachsende Rohstoffe: Die Schnelligkeit des
32 Nachwachsens ist auch hier begrenzt. An diesen Grenzen kann Wachstum auf Dauer
nicht vorbei: Ein Mehr ohne immer mehr Rohstoffe ist nicht möglich. Wenn wir wollen,
34 dass unser Gemeinwesen auch in Zukunft dazu in der Lage ist, für alle zu sorgen,
müssen wir uns bereits heute darauf einstellen, dass es nicht immer ein „mehr werden“
36 geben wird. Hierfür ist es notwendig, über die Finanzierung unserer Sozialsysteme

2 nachzudenken: Schulden auf Kosten zukünftiger Generationen können nicht endlos
gemacht werden! Auch Subventionierung ist hier grundlegend zu überdenken. Die
4 Folgen dieser in Afrika sind katastrophal. Es entsteht eine enorme Unselbstständigkeit,
da selbst grundsätzliche Dinge nicht vor Ort erzeugt werden können. Man muss sich
6 also die Frage stellen, auf wessen Kosten man gesamtwirtschaftliches Wachstum
erreichen will und ob dauerhaftes Wachstum überall auf der Welt wirklich sinnvoll ist
8 oder ob man nicht erst einmal erreichen will, dass alle Menschen fließend Wasser
haben und sich keine Sorgen machen brauchen, wie sie den nächsten Tag bestehen.
10 Einer ideologische Interpretation des Begriffes Wachstum ist mit großer Skepsis zu
begegnen und im Ergebnis abzulehnen. Derartige Argumentation zielt auf Täuschung.
12 Investitionen, die regulär nicht zu rechtfertigen wären, sollen durch Legenden von
angeblicher Stimulation des Wachstums trotzdem getätigt werden. Tritt kein Wachstum
14 ein, darf die Allgemeinheit die Zeche dafür zahlen, dass sich einige Wenige bereichert
haben. Insbesondere im Hinblick auf Steuererleichterungen, denen
16 wachstumsfördernde Wirkungen in schier unglaublichem Maße nachgesagt werden,
sollten kritisch darauf überprüft werden, ob sie nicht letztlich nur zur
18 Handlungsunfähigkeit des Staates führen. Ein schwacher Staat ist nämlich nur für die
Starken gut!

20 ***Arbeit und Leistung***

Unsere Gesellschaft lebt von der Arbeit, die viele Millionen Menschen weltweit
22 erbringen. Zu arbeiten, Dinge zu schaffen und zu gestalten ist für viele Menschen ein
Bedürfnis und zentraler Lebensinhalt. Die Sozialdemokratie hat die Leistungen, die die
24 arbeitende Bevölkerung erbracht hat, seit jeher hochgehalten. Sie hat an der Seite der
Gewerkschaften für eine bessere und leistungsgerechtere Entlohnung gekämpft. Sie
26 hat für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz, für mehr Mitbestimmung und auch für mehr
Freizeit gekämpft und dies auch durchgesetzt. Für uns ist es eine
28 Selbstverständlichkeit, diese Politik fortzuführen! Denn die Menschen können nur dann
arbeiten, wenn es vernünftige Bedingungen und einen vernünftigen Lohn gibt. Deshalb
30 kämpfen wir für den Mindestlohn, für mehr Mitbestimmung in den Betrieben und für
starke Gewerkschaften. Denn nur dort werden Menschen in die Lage versetzt
32 Leistungen zu erbringen. Wir wenden uns aber gegen ein Leistungsbegriff, der sich
ausschließlich auf den Aspekt des ökonomischen Nutzens und der Verwertbarkeit der
34 geleisteten Arbeit, sowie des ihr beigemessenen Wertes stützt. Die Begriffe
Leistungsträger und Leistungsempfänger werden gern täuschend verwendet, als ob die

2 Leistungsträger in der Regel diejenigen sind, die die wertvollen Tätigkeiten verrichten
und mit großem umverteiltem Einkommen das Leben der Leistungsträger finanzieren.
4 Tätigkeiten die weniger Wert zu haben scheinen und deshalb billiger oder gar nicht
entlohnt werden, werden dagegen keinem Leistungsträger zugeschrieben. Dabei zeigen
6 die großen Systemkrisen, dass gerade diese sogenannten Leistungsträger durch
unvernünftiges und unethisches Wirtschaften, Kosten zu Ungunsten der anderen
8 produzieren. Ein solidarischer Leistungs- und Arbeitsbegriff muss deshalb den
gesamtgesellschaftlichen Wert von Arbeit und Tätigkeit betonen. Hierfür müssen auch
10 Tätigkeiten die nicht unmittelbar ökonomisch verwertbar scheinen, **anerkannt und**
angemessen be- bzw. entlohnt werden. Leistungsträger brauchen Motivationen. Und
12 auch der im caritativen Bereich ehrenamtlich Tätige darf nicht nur symbolisch belohnt
werden. Um Leistung angemessen zu belohnen muss nicht nur die Höhe der
14 Entlohnung angemessen sein, auch die Zeitpunkte von **erbrachter Arbeit und Lohn**
müssen in einem angemessenen Verhältnis stehen. Vor allem vor dem Hintergrund
16 immer länger werdender Bildungsbiographien müssen wir nach Wegen suchen,
Schülerinnen, Auszubildende und Studierende auch schon während ihrer Ausbildung
18 zeigen, **welchen Wert Arbeit haben kann**. Dies ist Anreiz und Motivation für alle.
Deshalb stehen die Jusos neben der Einführung des Schülerbafögs für
20 Schülerleistungsstipendien und bessere Entlohnungen von Auszubildenden und gegen
die Ausnutzung von gut qualifizierten jungen Menschen in kostenlosen Praktika.

22 ***Bildung und Arbeit***

Dass Bildung der Schlüssel zu sozialem Aufstieg ist, ist keine Erkenntnis des 20.
24 Jahrhunderts. Nichtsdestoweniger ist das Ziel der Chancengleichheit aller hier längst
noch nicht erreicht. Beispielhaft dafür ist, dass auch Asylanten der Zugang zum zweiten
26 Bildungsweg eröffnet werden muss. Wer sich aktiv an unserer Gemeinschaft beteiligen
will, muss dazu die Möglichkeit erhalten – unabhängig von regionaler oder sozialer
28 Herkunft. Darüber hinaus aber stellt sich zunehmend das Problem, dass die
Förderungsmechanismen einer veralteten Sozialstruktur angeglichen sind und so nicht
30 mehr den notwendigen Effekt erzielen. Das derzeitige BAföG funktioniert immer noch
nach den familienstrukturellen Normen der 80er Jahre. Erhöhungen des BAföGs sind
32 zwar dringend notwendig, da die Sätze den permanent steigenden Preisen nicht
angemessen, sie beseitigen aber nicht das strukturelle Defizit des BAföGs: Viele, die
34 von ihrer finanziellen Situation Anrecht darauf haben müssten, werden von der
Förderung nicht berücksichtigt. Grund dafür ist, dass die Erfassungsmodalitäten des

2 BAföGs neue Familienmodelle sowie die Unabhängigkeit der Familie nicht
berücksichtigen. Es ist daher zum einen notwendig, eine kontinuierliche Anpassung des
4 BAföGs an die Preisentwicklung zu ermöglichen. Zum zweiten müssen die
Erhebungsmodi grundlegend geändert werden, um dem Wertewandel der Familie und
6 dem Individualismus beizukommen. Ziel muss es sein, das BAföG von der bisherigen
Berechnung am elterlichen Einkommen zu lösen und an die tatsächliche Einkommens-
8 und Ausgabensituation des Individuums zu koppeln.

Die Förderung der Bildung spielt dabei eine zentrale Rolle für die Entwicklung der
10 Wirtschaft und die Ausgestaltung der Wissensgesellschaft. Darüber hinaus aber stellt
Bildung die zentrale Kompetenz zur Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen dar.
12 Der mit Bildung verbundene Erwerb kognitiver, prozessualer und habitueller Fähigkeiten
ist daher unverzichtbar für die Demokratie. Eben dieser Funktion der Bildung macht
14 deutlich, dass sich unsere Gesellschaft nicht allein über Arbeit definieren darf. Der
Beitrag nicht-erwerbstätiger Menschen ist zentral für die Fortentwicklung unseres
16 Zusammenlebens, die Stigmatisierung beispielhaft von Arbeitslosen unzulässig. Die
Sphären des Privaten und Politischen haben ureigene Qualitäten, die es gegenüber der
18 Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer Logik von Effizienz und Wachstum
stärker herauszustellen gilt. Bildung bietet die Grundlage, diese anderen Qualitäten zu
20 erkennen und zu leben.

22 ***Nach der Arbeit - Kultur***

Die andere Seite der Arbeit ist der Konsum und die Freizeit. Konsumiert wird das, was
24 Arbeit und Kreativität Anderer geschaffen hat. Hierzu gehört auch Kunst und Kultur, die
uns nicht nur Unterhaltung bietet, sondern uns auch bildet und Akzeptanz für andere
26 Kulturen und Lebensentwürfe schafft. Wir leben aber in einer Konsumgesellschaft, die
die Kreativität und das Bedürfnis nach Individualität in den Dienst des Marktes gestellt
28 hat. Dies wirkt sich auch auf die Qualität und die Originalität der Kunst aus. Kunst und
Kultur, die sich aufgrund von fehlender Massentauglichkeit oder aufgrund eines
30 fehlenden Marktanteils nicht leicht verkaufen lässt, bleibt zu oft auf der Strecke.
Grenzenlose Individualität bleibt deshalb eine Illusion, den diejenigen die sich dem
32 Mainstream nicht anpassen wollen, werden schnell ausgegrenzt. In unserem Land gibt
es viele jungen Menschen, die ihre eigene Form von Individualität und ihre Kreativität
34 ausleben wollen. Diese brauchen dafür Freiräume. Es muss also weiterhin für
alternative Kulturräume gekämpft werden.

2 **Forderungen an die SPD**

4 Dieser Entwurf eines neuen sozialdemokratischen Projekts ging von einer Überlegung
aus: Das bisher schlechteste Wahlergebnis der SPD in der Bundesrepublik
Deutschland basiert keineswegs auf der Überflüssigkeit der sozialdemokratischen Idee.
6 Ganz im Gegenteil hat die SPD die sozialdemokratische Idee zu einem
gesamtgesellschaftlichen Projekt entwickelt. Selbst die liberal-konservativen Parteien
8 kommen nicht umhin, die genuin sozialdemokratischen Begriffe wie ‚soziale
Gerechtigkeit‘ zu besetzen. Der zentrale Unterschied besteht darin, dass sie diese
10 Begriffe auf ihr Klientel bezogen umdeuten. Diese Klientelbezogenheit der liberal-
konservativen Partei, ebenso wie der Grünen und der LINKEN unterscheidet sie ganz
12 evident von der SPD. Ihr Projekt muss versuchen, alle Schichten der Gesellschaft in
einen Entwurf einer guten Ordnung einzubinden. Dieses gesamtgesellschaftliche
14 Projekt muss die SPD erkennen und mit Stolz verteidigen. Mit dieser Zielsetzung ist sie
die einzige Partei, die versucht, die im Art. 21 des Grundgesetzes angestrebte
16 Repräsentation des gesamten Spektrums der Gesellschaft wirklich umzusetzen
Jeder der sich in seinem Ortsverein umschaute, erkennt, dass dieses Ziel derzeit eine
18 Idealvorstellung ist, der die SPD immer weniger gerecht wird. Das gilt für alle
Volksparteien gleichermaßen. Doch wie ist diesem Wandel, dieser neuen Realität zu
20 begegnen?
Eine inhaltlich fundierte, über einen langen Zeitraum durchgehaltene innerparteiliche
22 Willensbildung bleibt sicher unverzichtbar. Sie ist die Basis dafür, dass eine Idee, ein
Konsens herrscht, um dessentwillen sich Menschen versammeln.
24 Aber es bestünde durchaus die Möglichkeit, zu bestimmten Fragen
Mitgliederversammlungen zu öffnen und allen Anwesenden ein Stimmrecht zu geben.
26 Eine gemeinsame Entwicklung von Ideen, die nicht mehr zwischen Bürger und Partei
eine Mauer aufbaut, wäre so möglich. Denkbar ist ein derartiges Verfahren auch
28 durchaus für die Aufstellung von Kandidaten mit überschaubaren Wahlkreisen. Man
stelle sich vor, dass darüber, wer der nächste SPD-Bürgermeisterkandidat wird, nicht
30 nur eine kleine Anzahl Genossen entscheidet, sondern die breite Öffentlichkeit
einbezogen würde. Verschiedene Kandidaten würden viel früher bekannt und könnten
32 aufgrund des offenen Nominierungsverfahrens auf wesentlich größere Akzeptanz ihrer
Mitbürger hoffen. Ein solches Verfahren weckt Interesse, animiert die Menschen sich
34 einzubringen und schafft Politik als das, was ursprünglich war: ein Aushandlungsprozess
zwischen gleichen Bürgern mit verschiedenen Perspektiven über die gute Idee, wie das

2 Zusammenleben nächstens funktionieren soll. Auch wenn die Einzelheiten eines
solchen Verfahrens noch detailliert ausgearbeitet werden müssen, stellt es doch eine
4 Chance für die SPD und für die Politik dar.

6 Dieses Vertrauen in eine gemeinsame Vision von Politik und ihre eigene Stärke hat der
SPD in den vergangenen Jahren gefehlt. Dieses Defizit entstand gerade daraus, dass
8 die anderen Parteien sozialdemokratische Begriffe übernahmen. Die SPD aber hat
dieses Projekt entwickelt und ist die einzige Partei, die für die gesamte Gesellschaft
10 einsteht. Nachdem die Gesellschaft die Grundideen der Sozialdemokratie als allgemein
verbindlichen Maßstab übernommen hat, ist es möglich und notwendig neue
12 sozialdemokratische Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu
finden. Dafür benötigt die Sozialdemokratie wieder einen neuen, einheitlichen Begriff
14 dessen, wie unser Projekt aussehen soll. Die Frage, wie wir in einer individuellen,
ausdifferenzierten Welt Solidarität organisieren und das Ablegen einer rein über Arbeit
16 und Effektivität definierten Weltsicht sind Elemente einer neuen
gesamtgesellschaftlichen Vision. Die Partizipation aller interessierten Menschen ist für
18 die Vermittlung dieser Vision von elementarer Bedeutung. Politik ist die Freiheit eines
jeden, sich in der Gleichheit aller Beteiligten über die verschiedenen Perspektiven
20 kommunikativ zu verständigen, um dann gemeinsam etwas Neues zu beginnen und zu
verfolgen. Dieses kommunikative Handeln ist Grundlage unserer Politik für ein
22 sozialdemokratisches Projekt.

24

26

28

30

32

34

36

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34
36

B 1 X abgelehnt

Antragsteller: Barnim

Laptopbenutzung in den Schulen

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung auf, geeignete Dienstanweisungen zu erstellen, dass Schülerinnen und Schüler ihre Laptops in Schulen benutzen dürfen.

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD, Bildungsminister Holger Rupprecht,
Landkreise des Landes Brandenburg, SPD-Landtagsfraktion

Begründung:

Erfolgt mündlich.

2 **B 2 X** angenommen

Antragsteller: Barnim

4 **Keine weitere Finanzierung von Privatschulen durch die Landesregierung!**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 „Wir fordern, dass die Finanzierung von Privatschulen durch die Landesregierung auf das
10 verfassungsrechtliche Maß zur Sicherung des Existenzminimums der Institutionen zurück
12 gefahren wird. Darüber hinaus wird der Bildungsminister darum gebeten, Auskunft darüber zu
geben, ob die Genehmigungsvoraussetzungen des Art. 7 Abs. 3 GG vorliegen. Insbesondere die,
dass keine Separierung der Schüler nach den Einkommensverhältnissen der Eltern gefördert
wird.“

14 Begründung:

Durch die 129 Privatschulen in Brandenburg wird der brandenburgische Haushalt stark
16 belastet. So wurden die Privatschulen, im Jahre 2006, durch das Land Brandenburg in
einer Höhe von 77,6 Mio. € finanziert. Die Prognose für das Jahr 2008 und 2009 waren
18 mit einer Aufwendung in Höhe von 96,9 Mio. € bzw. 100,9 Mio. € datiert.¹ Dies sind
66% der Gesamtkosten.² Eine Aufwendung um die 100 Mio. € ist ein immens hoher
20 Betrag, der nicht durch das Land Brandenburg gestemmt werden sollte. Privatschulen
befinden sich in privaten Trägerschaften und befinden sich unter keiner ständigen
22 Kontrolle durch das Land Brandenburg und der Bundesrepublik Deutschland. Die
einmalige Genehmigung durch den Staat ist kein Garant für die ordnungsgemäße
24 Bildung in Privat Schulen.³ Aus diesen Gründen sollen Schulen in privater Trägerschaft
auch nur aus privater Hand finanziert werden.

32 **B 3 + B4 + B9 = zusammengeführt und angenommen**

¹ <http://www.mdf.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/05.pdf>

² <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2008/1104/none/0188/index.html>

³ <http://www.bundestag.de/parlament/funktion/gesetze/grundgesetz/gg.html>

4 **Gegen (versteckte) Studiengebühren!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

6 Wir Jusos Brandenburg setzen uns dafür ein, dass die Gebührenfreiheit des Studiums konsequent
umgesetzt wird. Dazu fordern wir die Abschaffung der Rückmelde-/ Verwaltungsgebühr von
8 derzeit 51€ pro Semester an brandenburgischen Hochschulen.

Zu dieser Gebührenfreiheit gehört auch ein Verbot für Gebühren für in der Studienordnung
10 vorgesehene Pflichtsprachkurse.

Des Weiteren fordern die Jusos Brandenburg, dass nach der Abschaffung dieser Gebühren den
12 Hochschulen entsprechende finanzielle Mittel aus dem Landeshaushalt bereitgestellt werden.

14 Antragsbegründung:

Auch die materiellen Voraussetzungen spielen eine Rolle bei der Abwägung, ein
16 Studium aufzunehmen. Glücklicherweise erhebt das Land Brandenburg noch keine
offiziellen Studiengebühren, wie es in anderen Bundesländern vorwiegend seit dem
18 Wintersemester 2007/08 der Fall ist. Dennoch stellt die durch die Studierenden zu
entrichtende Rückmelde- / Verwaltungsgebühr eine versteckte Studiengebühr dar und
20 ist für manche Studierende in Zusammenhang mit dem insgesamt zu entrichtenden
Semesterbeitrag von im Schnitt über 200 Euro bereits eine starke finanzielle Belastung.

22 Bereits am 19. März 2003 hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die
Erhebung einer vergleichbaren Rückmeldegebühr in Baden-Württemberg in Höhe von
24 51,13 Euro verfassungswidrig sei, da diese weit über den tatsächlichen Kosten für die
Rückmeldung der Studierenden läge. Auch an den brandenburgischen Hochschulen ist
26 der tatsächliche Verwaltungsaufwand für die reine Rückmeldung um ein Vielfaches
geringer als die erhobene Gebühr. An der Universität Potsdam lag sie nach einer
28 gerichtlich erbetenen Kostenaufstellung für das Wintersemester 2006/07 beispielsweise
bei 10,14 Euro – in den nachfolgenden Jahren ist davon auszugehen, dass sich die
30 Kosten weiter verringert haben, da es einen massiven Aufwuchs bei den

2 Studierendenzahlen gab und daher die Einzelfallkosten aufgrund von Größenvorteilen
gesunken sein dürften.

4 Das Verwaltungsgericht Potsdam hatte am 01. Juni 2007 die Klagen brandenburgischer
Studierender gegen die Zahlung von Rückmeldegebühren - deren Erhebung laut
6 Brandenburgischem Hochschulgesetz möglich sind - abgewiesen. Jedoch hielt das
Verwaltungsgericht die Regelung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes zu den
8 Rückmeldegebühren für verfassungsrechtlich bedenklich. Im Moment wird in nächster
Instanz geklagt und auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gewartet.

10 Im Rahmen der Neunovellierung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes im Jahre
2008 wurde der die Rückmelde- / Verwaltungsgebühr betreffende Paragraph unter der
12 CDU / SPD-Regierung dahingehend geändert, dass es nun nicht mehr ausschließlich
Rückmeldegebühren sind, die die Hochschulen erheben können, sondern
14 Verwaltungsgebühren. Dies impliziert, dass nicht nur die administrativen, personellen
und bürokratischen Kosten für die Rückmeldung als solche mit dieser Gebühr
16 abgedeckt werden, sondern allgemein Verwaltungsgebühren gedeckt werden können /
sollen. Dies schließt Verwaltungsleistungen für die Immatrikulation, Rückmeldung,
18 Beurlaubung und Exmatrikulation sowie Verwaltungsleistungen, die im Rahmen der
allgemeinen Studienberatung sowie durch die Akademischen Auslandsämter und die
20 Prüfungsämter geleistet werden, ein (vgl. § 13 (2) des neuen Brandenburgischen
Hochschulgesetzes laut Fassung vom 18.12.2008).

22 Diese Regelung ist eine nicht hinnehmbare Veränderung und öffnete damit die Tür für
(versteckte) Studiengebühren, welche auch nicht auf 51,13 Euro beschränkt bleiben
24 müssen. Die Hochschulen gaben bei der ersten gerichtlichen Kostenaufstellung diese
Posten mit an und kamen teilweise auf bis zu 100 Euro Kosten für diese Leistungen.
26 Diese könnten nun in den folgenden Jahren vollkommen auf die von den Studierenden
zu entrichtenden Semesterbeiträge umgelagert werden und bedeuten de facto
28 Studiengebühren.

Günter Baske antwortete für die SPD auf die Wahlprüfsteine der
30 Studierendenvertretungen der brandenburgischen Hochschulen zu den
Landtagswahlen im September 2009 auf die Frage, ob seine Partei die
32 Rückmeldegebühren abschaffen möchte, dass die Rückmelde- und
Immatrikulationsgebühren für die SPD bereits an der Grenze des Zumutbaren lägen,
34 die Studierenden jedoch auch eine serviceorientierte Dienstleistung dafür bekämen und
das Studentenwerk mitfinanziert wird.

2 Diese Aussagen sind leider unzutreffend, da von den Studierenden pro Semester ein
Studentenwerksbeitrag in Höhe von 40 Euro extra gezahlt wird.

4 In Thüringen wurde nach den Landtagswahlen 2009 und einer Regierungsbildung
zwischen CDU und SPD die Abschaffung des dortigen Verwaltungskostenbeitrags von
6 50 Euro durchgesetzt.

Warum sollte das eine rot-rote Landesregierung in Brandenburg nicht ebenfalls
8 anstreben und sich klar gegen jegliche Art von Studiengebühren aussprechen?

Dies wäre eine Möglichkeit, im bildungspolitischen Bereich eine bundesweite
10 Vorreiterrolle einzunehmen und zu zeigen, dass es in Brandenburg jungen,
qualifizierten und motivierten Mensch ermöglicht wird, ohne (versteckte)
12 Studiengebühren ein Studium aufzunehmen.

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

2 **B 5 X** angenommen

Antragsteller: HSG Cottbus

4 **Abschaffung von Anwesenheitspflichten zur Steigerung der Qualität der Lehre**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert auf:

8 Die Anwesenheit von Studierenden in Vorlesungen darf grundsätzlich und in Seminaren
10 in der Regel nicht erfasst werden. Generell darf die Anwesenheit kein Kriterium zur
Erfassung der Leistung sein. Dies soll insbesondere allen Lehrenden mitgeteilt werden.

12 Antragsbegründung:

14 Weder im Hochschulrahmengesetz, im Brandenburgischen Hochschulgesetz, noch in
der Rahmenordnung der einzelnen Hochschulen ist die Anwesenheit von Studierenden
16 geregelt. Lediglich in einigen studiengangsspezifischen Prüfungsordnungen ist der
Umgang mit eventueller Anwesenheitspflicht von Studierenden geregelt, jedoch auch
18 nicht begründet. Von einigen Lehrenden wird aber immer wieder geäußert, es gäbe
eine übergeordnete rechtliche Regelung, dies ist schlichtweg falsch.

Gerade in den zur Verschulung tendierenden Studiengängen (Ba/Ma) sollte den
20 Studierenden die Art ihres Wissenserwerbs überlassen bleiben. Auch in den
Zugeständnissen der Hochschulen, hervorgerufen durch die Studierendenproteste, ist
22 von mehr Flexibilität und Freiheit die Rede.

Die im Rahmen des Bolognaprozesses vorgegebene Studierendenorientierung/
24 Outcomeorientierung zielt genau darauf ab, nicht mehr die Semesterwochenstunden
oder die Lehrverpflichtung als Rechengrundlage zur Leistungsüberprüfung zu machen,
26 sondern die Kompetenzen, die am Ende eines Modules erworben worden sind. Diese
werden geprüft und sind unabhängig von der Anwesenheit z.B. in Vorlesungen.

28 Auch der akademische Senat der Universität Potsdam forderte die Lehrenden am 9. Juli
2009 per Beschluss auf, Anwesenheitslisten abzuschaffen. Ebenso berät der Senat der
30 BTU Cottbus derzeit darüber.

Die Antragstellerin geht davon aus, dass diejenigen Lehrveranstaltungen ohne
32 Anwesenheitspflicht, die schlecht besucht sind, entweder inhaltlich nicht relevant oder
didaktisch schlecht aufbereitet sind. Somit ist aus unserer Sicht ein Verzicht auf
34 Anwesenheitskontrollen ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Qualität der Lehre.
Begründete Ausnahmen, zum Beispiel bei Praktika oder Wahlpflichtseminaren, sollten
36 zulässig sein.

2 **B 6 X** angenommen

Antragsteller: HSG Cottbus

4
6 **Gebührenfreiheit und Senkung in Bibliotheken für Kinder, Jugendliche, Schüler,
Azubis, Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende und Studierende**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert auf:

10 In allen Brandenburger Bibliotheken ist die Nutzungsgebühr in Bibliotheken für Kinder,
Jugendliche (bis zum vollendeten 18. Lebensjahr) und Schüler mit sofortiger Wirkung
abzuschaffen. Azubis, Wehrdienstleistende, Zivildienstleistende und Studierende
12 bezahlen einen ermäßigten Beitrag.

14 Antragsbegründung:

16 Der Ruf des guten Bildungsstandards in Brandenburg ist weiterhin auszubauen und
impliziert die Gewährleistung zum freien Bildungszugang in allen Bibliotheken
Brandenburgs. Es ist nicht verständlich weshalb die jüngsten Brandenburger
18 Bürgerinnen die über noch kein oder nur sehr geringes Einkommen verfügen und noch
nicht berufstätig sind, eine meist nicht an ihr „Einkommen“ angepasste Nutzungsgebühr
20 entrichten müssen. Oft dienen Bibliotheken nicht nur zur Beschäftigung in der Freizeit,
sondern sind ein wichtiger Bestandteil zur schulischen, wissenschaftlichen und privaten
22 Ansammlung und Vertiefung von Wissen.

24

26

28

30

32

34

2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34

B 7 X abgelehnt

Antragsteller: HSG Cottbus

Finanzielle Unterstützung der Hochschulbibliotheken

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert auf:

Die wissenschaftlichen Bibliotheken an allen Brandenburger Hochschulen sind umgehend von der Landesregierung finanziell zu unterstützen!

Antragsbegründung:

Die wissenschaftlichen Bibliotheken der Brandenburger Hochschulen wurden nach der Wiedervereinigung 15 Jahre lang hauptsächlich durch EFS-Mittel finanziert, teilweise auch durch die Landesregierung. Seit 2006 fallen die europäischen Fördermittel weg, ebenso hat auch die Landesregierung aus nicht nachvollziehbaren Gründen die finanzielle Unterhaltung eingestellt. Seither fallen die Unterhaltungskosten für die wissenschaftlichen Bibliotheken vollständig den Kassen der Hochschulen zu. Dies führt zu einer Qualitätsminderung für alle Studierenden in Brandenburg und ist nicht mehr tragbar, sowohl für die Hochschulen, Lehrenden und Studierenden wenn Brandenburg sich weiterhin als Wissenschaftsstandort behaupten will.

2 **B 8 X** angenommen

Antragsteller: Dahme-Spreewald & LAK Bildung

4

Gerechtere Entlohnung von Auszubildenden

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich mit folgender Thematik zu beschäftigen:

10

12 Das Sozialversicherungs-Gesetz muss zur gerechten Entlohnung von Auszubildenden verändert werden. Auszubildende in mittelständigen Handwerksbetrieben (z.B. Schlosser) bekommen im dritten und vierten Ausbildungsjahr weniger Geld als im zweiten, da sie nun die Geringverdienergrenze von 325 € im Monat überschreiten. Für die Auszubildenden führt dies zu Geldnöten, da im 3. Ausbildungsjahr (18. Lebensjahr) Mehrkosten auf sie zukommen wie z.B. Führerschein, Auto oder Miete. Eine Lösung wäre, dass der Betrieb die Sozialversicherung während der Ausbildung zu 100% trägt. Auch eine Verschiebung der Sozialversicherungsgrenze von 325 € auf 500 € würde das Problem lindern, da am Monatsende mehr Geld zur Verfügung stände.

20

Antragsbegründung:

22 In nicht tarifgebundenen kleinen bis mittelständigen Handwerksbetrieben beträgt die
24 Ausbildungsvergütung vom 1.-4. Ausbildungsjahr von 264,00 € - 360,00 €. Durch die
26 Überschreitung der Geringverdienergrenze von 325,00 € im 3. und 4. Ausbildungsjahr
28 erhalten diese Auszubildenden weniger als ihre Kollegen im 2. Ausbildungsjahr. Hier
30 muss eine Gesetzesänderung geschaffen werden, da der Auszubildende ab dem 3.
32 Lehrjahr qualifizierter ist und in der Regel mehr Arbeitsleistung erbringt sollte seine
34 Mehrleistung auch entsprechend gewürdigt und nicht bestraft werden.

30

32

34

36

38

40

42

2 **B 10 X** angenommen

Antragsteller: Landesvorstand

4

Mobbing gezielt verhindern!

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

Mobbing und Bullying gezielt verhindern!

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

12 Der Landesparteitag möge beschließen:

14 Wir fordern die SPD-geführte Landesregierung, die SPD Landtagsfraktion und die SPD
16 Brandenburg auf, eine Initiative zu starten, die das Thema Mobbing und Bullying mehr in die
18 Öffentlichkeit tragen soll. Es soll untersucht werden, wie Mobbing und Bullying und gerade das
immer häufiger auftretende Cybermobbing verhindert werden können, um dann entsprechende
Maßnahmen zu ergreifen.

Begründung:

20 Mobbing und Bullying und auch gerade das immer häufiger auftretende Cybermobbing sind
22 gerade unter Schülerinnen und Schülern ein zunehmendes Problem. Auf der einen Seite besteht
beim Mobbing und Bullying in der Realität die Möglichkeit einzuschreiten und gezielt zu
24 handeln, wobei das gerade unter Schülerinnen und Schülern schwer ist. Auf der anderen Seite
tritt seit geraumer Zeit immer häufiger Mobbing und Bullying im Internet auf, wo kaum
26 Möglichkeiten bestehen, effektiv einzuschreiten und schon große Probleme darin bestehen
können, den Mobber oder Bully zu identifizieren. Es ist daher erforderlich die Ursachen von
28 Mobbing und Bullying genau zu ergründen und ihnen entsprechend zu begegnen. Die gesamte
Öffentlichkeit ist dabei mit einzubinden, denn nur wenn überall klar ist, dass Mobbing und
30 Bullying kein Spaß ist und alle den Willen haben, respektvoll miteinander umzugehen, wird man
es schaffen, Mobbing und Bullying auch unter Jüngeren zu verhindern.

32

34

36

2 **B 11 X** angenommen

Antragsteller: Potsdam

4

6 **Fit für die Zukunft! LehrerInnen für Brandenburg!**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

10 Wir fordern die SPD Brandenburg, die SPD Landtagsfraktion und das Ministerium für
Bildung, Jugend und Sport auf, sich dafür einzusetzen, die Zahl der
12 Referendariatsplätze dem zukünftigen Mangel an Lehrkräften entsprechend
anzupassen.

14

Begründung:

16 Die SPD Brandenburg hat sich dafür ausgesprochen, 1250 neue Lehrerinnen und
Lehrer einzustellen. Dabei sollen jährlich 100 neue junge Lehrerinnen und Lehrer
18 eingestellt werden. Aufgrund des kommenden massenhaften Weges in den Ruhestand
vieler Lehrerinnen und Lehrer in ganz Deutschland wird es zu einem massiven Mangel
20 an Lehrerinnen und Lehrern kommen, der bereits jetzt absehbar und zum Teil existent
ist. So wirbt Baden-Württemberg offen dafür, statt in Berlin doch in Baden-Württemberg
22 zu arbeiten und lockt mit mehr Geld und sofortiger Verbeamtung. Es ist absehbar, dass
man sehr bald mehr als 100 neue junge Lehrerinnen und Lehrer einstellen muss.
24 Zudem ist es unabweislich, dass es einen deutlichen Überhang an
LehramtsabsolventInnen gibt, die keinen Referendariatsplatz bekommen, so bewarben
26 sich zum 01.06.2009 721 AbsolventInnen des 1. Staatsexamens auf 233
Referendariatsplätze. Noch absurder erscheint es, dass Lehrerinnen und Lehrer aus
28 anderen Ländern hier tätig werden. Wenn wir wollen, dass wir in Zukunft genug
Lehrerinnen und Lehrer haben, die bereit sind unser Land fit zu halten, müssen wir
30 diese auch ausbilden. Wir müssen aufgrund der schwierigen Bedingungen eher mehr
Lehrerinnen und Lehrer ausbilden und zeigen, dass Brandenburg seinen Teil für eine
32 erfolgreiche Bildungspolitik beiträgt.

34

36

2 **B 12 X** angenommen

Antragsteller: Potsdam

4 **Fit für die Zukunft! Bessere Lehrerbildung in Brandenburg!**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Wir fordern die SPD Brandenburg, die SPD geführte Landesregierung und das
Ministerien für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Zusammenarbeit mit dem
10 Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auf, die Lehrerbildung im Land Brandenburg
(resp. an der Universität Potsdam) insoweit zu stärken, als dass das bisherige Zentrum
12 für Lehrerbildung (ZfL) mittelfristig zu einer selbstständigen Fakultät für Lehrerbildung
ausgebaut wird. Organisatorisch und finanziell soll sie den anderen Fakultäten nicht
14 untergeordnet sein.

16 Begründung:

Die Universität Potsdam wurzelt zu weiten Teilen in der ehemaligen Pädagogischen
18 Hochschule, an der überregional Lehrer ausgebildet wurden. Mit dem Gesetz über die
Hochschulen des Landes Brandenburg von 1991 wurden die Fragmente der
20 Hochschulen in Potsdam zur Universität Potsdam zusammengeführt, bei der die
Lehrerbildung weiterhin einen großen Part einnehmen sollte. Von der Nachwendezeit
22 bis heute haben sich die Universität und die Lehrerbildung stark verändert. Die
Universität ist nicht nur um ein Vielfaches größer geworden, sondern die Lehrerbildung
24 auch sehr viel komplexer. Dennoch werden die Lehramtsstudiengänge mit Ausnahme
der Erziehungswissenschaften und der Fachdidaktiken (insgesamt nur ein kleiner Anteil
26 am Studium) als Mitläufer zu den anderen Studiengängen geführt. Lehramtsstudierende
besuchen dementsprechend die selben Lehrveranstaltungen wie andere Studierende.
28 Dieses Konzept stößt jedoch dort an seine Grenzen, wo die Inhalte (eigentlich) mit dem
Lehramtsstudium nicht mehr kompatibel sind oder gar nur Teile von
30 Veranstaltungsreihen besucht werden sollen, während die Prüfungen nicht angepasst
werden und auch über nicht eingeplante Veranstaltungen abzulegen sind. Dieses
32 Phänomen hat sich durch die Umstellung auf BA/MA noch verschärft.

Weiterhin ist festzustellen, dass es immer häufiger dazu kommt, dass Pflichtkurse der
34 Fächer mit Pflichtkursen der Erziehungswissenschaften oder der Fachdidaktiken zeitlich
und organisatorisch miteinander konkurrieren.

2 Das bereits bestehende Zentrum für Lehrerbildung (ZfL), welches immerhin schon die
Erziehungswissenschaften (Pädagogik, Psychologie, Sozialwissenschaften => 3
4 getrennte Organisationseinheiten) koordiniert, soll daher mittelfristig zu einer eigenen
Fakultät für Lehrerbildung ausgebaut werden. Die Lehramtsstudierende, die bisher je
6 nach Fachkombination einer oder mehreren Fakultäten zugeordnet sind, sollen dann
nur noch der neuen Fakultät angehörig sein. Um auch das Lehrangebot über die
8 Fachdidaktiken und Erziehungswissenschaften hinaus anbieten zu können, soll die
neue Fakultät -wie die anderen Fakultäten auch- mit Personalstellen und einem eigenen
10 Budget ausgestattet werden.

Die frei werdenden Kapazitäten an den übrigen Fakultäten können gleichzeitig für eine
12 bessere Betreuungsquote genutzt werden.

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

2 **B 13 X** überwiesen an LAK Bildung

Antragsteller: Potsdam

4 **Kopfnoten abschaffen!**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der SPD Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die SPD Brandenburg, die SPD Landtagsfraktion und das Ministerium für
10 Bildung, Jugend und Sport auf, sich für die Abschaffung von Kopfnoten **zum nächsten Schuljahr** einzusetzen.

12 Begründung:

14 In Brandenburg existieren seit dem Schuljahr 2006/2007 Kopfnoten in den
Jahrgangstufen 3 bis 10. Allerdings sind sie im Abschlusszeugnis der 10. Klasse nicht
16 enthalten. Sie sollen dazu dienen, Schülerinnen und Schülern, sowie deren Eltern einen
Eindruck über ihren Stand in Bereichen der Sozial- und Lernkompetenzen zu geben.
18 Zum anderen fordern Wirtschaftsverbände Kopfnoten, da ihrer Meinung nach so eine
bessere Beurteilung der Bewerber ermöglicht wird, aufgrund dessen es ihnen eher auf
20 Fleiß, Pünktlichkeit und Sozialkompetenzen ankommt. Allerdings muss man sagen,
dass Kopfnoten darüber nur sehr bedingt Auskunft geben und vor allem Schülerinnen
22 und Schülern nicht wirklich helfen, ihre Schwächen zu analysieren und ihnen zu
begegnen. So bekommt in der Regel ein Schüler, der in einem Fach eine 3 hat, im
24 Bereich Fleiß eine 1, auch wenn er deutlich gewissenhafter und häufiger Hausaufgaben
macht, als ein Mitschüler, der aber als Note eine 1 hat und auch in Fleiß eine 1
26 bekommt. Hier kommt also die Frage nach dem Sinn von Kopfnoten auf, da
Lehrerinnen und Lehrer nicht nur Schülerinnen und Schüler einer Klasse auf diese
28 Weise beurteilen sollen, sondern alle, die sie unterrichten. Aufgrund dessen steht fest,
dass eine „gerechte“ Beurteilung kaum möglich und auch nicht zu erwarten ist, weil es
30 schlicht und einfach nicht möglich ist. Kopfnoten sind also weder ein Mittel, das
Schülerinnen und Schülern hilft ihre Probleme zu lösen, noch geben sie Auskunft das
32 tatsächliche Arbeits- und Sozialverhalten der meisten Schülerinnen und Schüler.
Kopfnoten gehören abgeschafft.

2 **B 14 X** angenommen

Antragsteller: Prignitz

4 **Junge Geschichte besser beleuchten!**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert eine sensible Aufarbeitung der Stasi- und
8 Parteiengeschichte in der Zeit von 1945 bis zur Nachwendezeit in Deutschland (Ost und
10 West) im Unterricht der Oberstufen in Brandenburg. Das Bildungsministerium des
12 Landes Brandenburg soll Mittel für einen Projekttag, an dem die Schülerinnen und
Schüler sich mit Zeitzeugen austauschen können (z.B. durch einen Besuch im
"Stasigefängnis Hohenschönhausen") zur Verfügung stellen.

14 Begründung:

16 Die DDR und das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) sind Teil der deutschen und
18 brandenburgischen Geschichte. Eine Aufarbeitung findet in den brandenburgischen
20 Schulen nur mangelhaft statt. Jedoch gibt es unter den Kehrkräften noch überzeugte
ehemalige SED-Mitglieder, die auch Teile der Geschichte verdrehen - und die DDR
nicht als Unrechtsstaat hinstellen. Hierzu kommen Kampagnen von Parteien und
Jugendorganisationen, die die Geschichte nicht in der kompletten Wahrheit erzählen
und somit versuchen Mitglieder und Stimmen zu gewinnen.

22 Ehemalige MitarbeiterInnen des MfS sind nicht alle überzeugte Spitzel der DDR
24 gewesen - Bürgerinnen und Bürgern wurde mit Ausreise, nicht-Ermöglichung eines
Studiums oder ... gedroht, falls sie nicht für das MfS arbeiten würden! Diese
Bürgerinnen und Bürger der DDR müssen auch als Opfer des DDR-Regimes hingestellt
26 werden. Sie haben, trotz ihrer Vergangenheit, eine Chance auf soziale
Gleichbehandlung in der Bundesrepublik Deutschland verdient.

28 Ein weiteres Missverständnis, dass oft noch verbreitet unter Bürgerinnen und Bürgern
30 ist, dass der Zusammenschluss der SPD und der KPD zur SED freiwillig, mit
Zustimmung beider Parteispitzen, erfolgte. Nach der Wiedervereinigung sich diese
32 jedoch wieder zur SPD bzw. DIE.LINKE spalteten. Dies ist eine Lüge. Die SPD
Brandenburg ist keine Nachfolgepartei der SED. Hierzu fordern wir das
34 Bildungsministerium des Landes Brandenburgs auf, die Parteiengeschichte mit in den
Unterricht einwirken zu lassen.

2 **B 15 X** angenommen

Antragsteller: HSG Frankfurt (Oder)

4
6 **Studienbedingungen nach sozialdemokratischen Idealen – Koalitionsvertrag
schnell umsetzen**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Die Jusos Brandenburg setzen sich dafür ein, die Studienbedingungen an den
12 brandenburgischen Hochschulen stärker an sozialdemokratischen Idealen auszurichten
14 und sowohl den Hochschulzugang als auch den Verlauf des Studiums für sozial
Benachteiligte zu erleichtern und die diesbezüglich getroffenen Absprachen im
Koalitionsvertrag schnell umzusetzen.

14 Dies umfasst insbesondere:

- 16 1. Erleichterter Hochschulzugang für Menschen mit einer abgeschlossenen
Berufsausbildung
18 2. Verbot von Mindestanforderungen für Masterstudiengänge der gleichen Fachrichtung
wie der des Bachelors.

20 Um diese Forderungen umzusetzen, wird der Landesvorstand aufgefordert, diesen
22 Beschluss an die Landtagsfraktion der SPD sowie an die Genossin
Wissenschaftsministerin Martina Münch weiterzuleiten.

24 Begründung:

26 Junge Menschen, die nach ihrem Realschulabschluss eine Berufsausbildung beginnen,
28 haben danach einen Kenntnisstand. Der auf dem entsprechenden Fachgebiet häufig
noch die Kenntnisse eines Abiturienten übertrifft. Es ist somit nicht einzusehen, dass
diesen Menschen der Zugang zur Hochschule verwehrt wird.

> Leider ist der „Bachelor“-Abschluss in vielen Branchen nicht als vollwertiger
30 Hochschulabschluss anerkannt, sodass ein Master zwangsläufig folgen muss. Aus
diesem Grund muss der Bachelor die alleinige Zugangsvoraussetzung für den Master
32 sein und von strengeren Hürden abgesehen werden.

2

4

6

8

Chancengleichheit, Soziale Sicherung, Familienpolitik

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

2 **C 1 X** angenommen

Antragsteller: LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow-Fläming & Dahme-Spreewald

4 **Abschaffung des "Optionszwangs"**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Abschaffung des sogenannten
10 Optionszwangs bei doppelter Staatsbürgerschaft einzusetzen.

12 **Begründung:**

Der seit einigen Jahren herrschende Optionszwang stellt in Deutschland geborene und
14 dauerhaft lebende junge Menschen mit Eltern aus Nicht-EU-Staaten zwischen 18 und
23 Jahren vor die Wahl einer ihrer Staatsangehörigkeiten. Fällt diese zu Gunsten des
16 ausländischen Passes, erfolgt die Ausbürgerung aus Deutschland, trotz erfolgter
Integration in die Gesellschaft. Im Bewusstsein möglicherweise auftretender
18 Komplikationen, wie zum Beispiel des mehrfachen Wahlrechtes/Wehrpflicht etc.
sprechen sich die Jusos Brandenburg dafür aus, die doppelt Staatsbürgerschaft für alle
20 wieder möglich zu machen, um unserem Bild einer modernen und integrativen
Gesellschaft gerecht zu werden.

22
In den kommenden Jahren werden Tausende, ab 2018 Zehntausende von jungen
24 Menschen, die in Deutschland geboren, als Deutsche aufgewachsen sind und hier
arbeiten, wählen und leben, von Amts wegen aufgefordert, sich für eine ihrer
26 Staatsangehörigkeiten zu entscheiden. Die jungen Menschen empfinden diesen
Vorgang nicht nur als Infragestellung ihrer Staatsangehörigkeit, sondern letztlich auch
28 ihrer Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft.

30 Der bürokratische Aufwand ist enorm, komplizierte Rechtsstreitigkeiten und
Gerichtsverfahren sind vorprogrammiert und das integrationspolitische Signal ist fatal:
32 Ihr gehört nicht ganz, nicht auf Dauer und nicht so wie andere dazu, ihr seid Deutsche
auf Abruf. Wir wollen und dürfen aber diese jungen Menschen mit ihren zahlreichen
34 Talenten nicht verlieren. Weil sie zu uns gehören. Und wir zu ihnen.

2 Ein schneller Verzicht auf den Optionszwang würde eine ungerechte Behandlung dieser
Jugendlichen beenden und ein negatives integrationspolitisches Signal verhindern. Sie
4 sollten ebenso wie jene Jugendlichen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die einen
deutschen Elternteil haben, beide Staatsangehörigkeiten dauerhaft behalten können.
6 Deshalb muss die Optionspflicht abgeschafft werden — und das Geburtsortsrecht
bleiben.

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft

2 **D 1 X** überwiesen an LAK Kommunales, LAK Inneres und LaVo

Antragsteller: Dahme-Spreewald

4 **Abschaffung der Direktwahl der Landräte**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert, die
10 Direktwahl der Landräte abzuschaffen.

Sollte dies unter keinen Umständen möglich sein, fordern wir sie auf, den Modus der
12 Direktwahl zu korrigieren. Um annähernd eine Wahlbeteiligung zu schaffen, deren
Legitimation ausreichend ist, sollen die Landratswahlen mit den Kommunalwahlen
14 zusammengelegt werden. Die Verkürzung der Amtsperiode des Landrats ist dann
anzunehmen.

16 Antragsbegründung:

18 Die jüngsten Landratsdirektwahlen zeigen (erwartet) ein erschreckend niedriges
Beteiligungsbild, die Legitimation der Landräte in starken Zweifel ziehen. In keinem
20 Landkreis konnte das notwendige Quorum im ersten Wahlgang deutlich überschritten,
zumeist nicht einmal erreicht werden.

22 Folgende Überlegungen sprechen daher für eine Abschaffung der Direktwahl:

- 24 - Die Legitimation über die Direktwahl ist deutlich zu niedrig. Darüber hinaus wird
die niedrige Legitimation der Landräte ihre Stellung gegenüber Gemeinden und
Land schwächen.
- 26 - Eine zusätzliche Wahl wird offensichtlich vom Bürger abgelehnt. Darüber hinaus
stellt eine zusätzliche Wahl (zumal im Januar) die Parteien vor fast unlösbare
28 Probleme: Auch die ehrenamtlich Engagierten können nicht 3 Jahre
durchgehend Wahlkampf machen. Dies schadet mehr der Demokratie, als es ihr
30 nützt.
- Zudem besteht bei einer Direktwahl von Landräten die Gefahr der Nicht-Stützung
32 des Landrates durch eine ausreichend starke Koalition, welches die bedeutsame
Arbeit des Landratsamtes stark erschwert.

- 2 - Der Landrat ist in den meisten Aufgabenbereichen der allein entscheidende Kopf
einer Verwaltung. Er trägt unmittelbare Verantwortung für mehrere tausend
4 Arbeitsplätze. Dies erfordert eine hohe Qualifikation, die im Zweifel durch eine
Direktwahl nicht gewährleistet werden kann.
- 6 - Vergleicht man die bisherige Wahl des Landrates durch den Kreistag mit dem
Landes- und Bundeswahlssystem, so zeigt sich, dass auch Ministerpräsident und
8 Bundeskanzler unter demokratiethoretischer Begründung durch das jeweilige
Parlament gewählt wird. Dies gewährleistet eine sichere Legitimation durch die
10 basisdemokratisch hoch legitimierten Parlamente und sichert die Qualifikation
des Amtsinhabers.

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

2 **D 2 X** angenommen

Antragsteller: Dahme-Spreewald

4
6 **Politik für Jugendliche attraktiv machen - Öffnung der Schulen für politische Jugendorganisationen**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Wir fordern die SPD-Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landesregierung auf, den politischen Jugendorganisationen der Parteien **gleichberechtigt** freien Zugang zu den Schulen im Land Brandenburg **z.B. für Diskussionsrunden und politische Werbung** zu ermöglichen. Dabei ist darauf zu achten, dass ein Modus gefunden wird, durch den nur die Jugendorganisationen der demokratischen Parteien Zugang erhalten. Bisherige
14 Regelungen, die den Zugang untersagen, sind aufzuheben bzw. anzupassen.

16 Antragsbegründung:

18 Die unpolitische Einstellung der Jugend wird häufig genug beklagt. Dabei schotten wir die Jugendlichen systematisch vom demokratischen Prozess ab. So untersagt beispielhaft die Zweite VV zur Änderung der VV-Schulbetrieb vom 15.06.1999, ABI
20 1999, S. 258 politische Werbung in Schulen. Dies soll geändert werden. Dabei sollen natürlich rechtsradikale Jugendorganisationen die Schule nicht als Bühne
22 menschenverachtender Parolen missbrauchen können. Dafür muss ein Modus gefunden werden; der *Ring politischer Jugend* als legitimierende Basis könnte ein
24 gangbarer Weg sein.

Demokratie, Verständnis für ihren Prozess und Engagement dafür erfordern aber
26 Kontakt und Umgang mit den Fragen demokratischen Lebens. Politik ist nichts Verwerfliches, sondern vielmehr notwendig, um uns über unser gemeinsames Leben zu
28 verständigen. Wenn wir Jugendliche davon fern halten, ist ihr Desinteresse nicht verwunderlich. Lasst uns dies ändern!

2 **D 3 X** angenommen

4 **Antragsteller: LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow-Fläming**

6 **Kommunales Wahlrecht für alle in Brandenburg lebende Menschen**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Der Landesparteitag möge beschließen:

12 Wir fordern die Brandenburgische SPD-Landtagsfraktion auf, sich für die Änderung der Kommunalverfassung dahingehend einzusetzen, dass alle in Brandenburg lebenden Menschen, das heißt auch Staatsangehörige von Nicht-EU-Staaten mit dauerhaftem Wohnsitz im Land Brandenburg bei Kommunalwahlen wählen dürfen.

14 Begründung:

16 Es ist nicht nachvollziehbar, dass Menschen, die hier längerfristig leben weder das aktive geschweige denn das passive Wahlrecht besitzen. Die Teilnahme an Wahlen würde die Integration fördern und diese Mitbürgerinnen und Mitbürger, unserer Gemeinschaft mehr in den politischen Alltag einbinden, weil sie sich mit der Politik des Landes Brandenburg beschäftigen müssen.

20 Eine Gesellschaft, die einen Teil der Bevölkerung von politischen Entscheidungen ausschließt, verliert ihre demokratischen Grundlagen. Städte, Gemeinden und Landkreise können es sich nicht länger leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen.

26 Festhalten an einer Fortsetzung einer nationalstaatlichen Identitätsproduktion, macht uns unsere ganzen Bemühungen zur Integration zunichte. Wer der Staatsgewalt dauerhaft unterworfen ist, muss an der staatlichen Willensbildung auch teilnehmen dürfen. Demokratie braucht jede Stimme!

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Europa, Frieden, Globalisierung, Sicherheit

2 **E 1** X abgelehnt

Antragsteller: LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow-Fläming

4 **Gegen die Einführung von Bodyscannern zur Abwehr von Terroranschlägen**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Wir Jusos Brandenburg sind gegen die Einführung von Bodyscannern zur Erhöhung der
Sicherheit im öffentlichen Raum und fordern ein ebensolches Bekenntnis und Wirken
10 von den entsprechenden Gremien der SPD.

12 Begründung:

Während der Abtastung wird die Intimsphäre der Person empfindlich beeinträchtigt. Das
14 gesundheitliche Risiko für Vielflieger ist dabei nicht abzuschätzen. Es ist ein weiterer
unnötiger Eingriff in die Intimsphäre der Bürgerinnen und Bürger. Die zu erwartende
16 Erhöhung der Sicherheit kann nicht den massiven Eingriff in die Intimsphäre aufwiegen,
besonderes im Hinblick auf die mangelnde Erfassung von Waffen, die im Körper
18 getragen werden und im Handgepäck versteckt sind. Zur Verhinderung von
Terroranschlägen sind die bereits vorhandenen Befugnisse von Polizei und anderen
20 Sicherheitsdiensten ausreichend.

22 Wie der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter
Schaar, erklärte, existiert derzeit kein "Bodyscanner" der die Persönlichkeitsrechte
24 wahren würde. Weiterhin ist es als absolut kritisch anzusehen, dass die Bundespolizei
bei der Weiterentwicklung solcher Geräte die persönlichkeitsrechtlichen Anforderungen
26 offenbar selbst festlegt und keine Einzelheiten zu den Scanner-Tests veröffentlicht
werden. Es gibt derzeit weder gesundheitliche noch datenschutzrechtliche Vorgaben
28 seitens der Politik für die Entwicklung dieser Technik.

30 Der Auslöser für die aktuelle Debatte um eine Einführung von sogenannten
Bodyscannern auch auf deutschen Flughäfen, ein 23jähriger Nigerianer, ist im Übrigen
32 von Lagos (Nigeria) über Amsterdam nach Detroit geflogen. Mehrere Kontrollen konnte
er mit dem Sprengstoff ungehindert passieren. Der Amsterdamer Flughafen war einer
34 der ersten weltweit, die sog. Bodyscanner eingeführt haben.

36

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Finanz- und Steuerpolitik

2 **F 1 X** abgelehnt

Antragsteller: LAK Inneres/Bürgergesellschaft & Teltow-Fläming& Dahme-Spreewald

4 **Abschaffung der GEZ, Ersatz durch Finanzierung einer Steuerregelung**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für die Umstrukturierung der
10 Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten einzusetzen, indem diese
zukünftig über ein einkommensabhängiges Steuermodell erfolgt und die bisherige
12 Erhebung entsprechender Gerätepauschalen durch die GEZ abgeschafft wird.

14 Begründung:

Zugänglichkeit von Medien sollte frei und sollte einkommensunabhängig sein.
16 Medienkompetenz und -nutzung ist zentral für schulischen und beruflichen Erfolg und
sollte nicht durch pauschalierte Abgaben bestraft werden. Viele Schulen und
18 weiterführende Bildungseinrichtungen setzen beim Wissenserwerb voraus, dass in
privaten Haushalten der Zugang zu elektronischen Medien möglich ist.

20 Weiterhin ist die bisherige Regelung aufgrund der Gerätepauschalen problematisch für
22 (Bildungs-)Einrichtungen und Behörden die viele gebührenpflichtige Geräte benötigen
und belastet so öffentliche Haushalte.

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Initiativanträge

2 **I 1 X** angenommen

Antragsteller: Spree-Neiße

4
6 **Entwicklungspolitischer Freiwilligendienst „Weltwärts“**

8 *Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:
(Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:)*

10 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich gegen die 11 Mio. € Kürzung im
12 Bereich Entwicklungspolitischer Freiwilligendienste im Haushalt des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
einzusetzen.

14 Begründung:

16 Grundsätzlich: vgl. Drucksache 17/619 des 17. Deutschen Bundestages

18 Das Ziel von "weltwärts" ist es, das Engagement von jungen Menschen in der
Entwicklungszusammenarbeit zu unterstützen.

20 Junge Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren bekommen die Möglichkeit,
ehrenamtlich bei Projekten in Entwicklungsländern mitzuarbeiten. Während des
Aufenthalts lernen die Freiwilligen den Kampf gegen Hunger und Armut hautnah
22 kennen.

24 Das weltwärts-Programm fördert die entwicklungspolitische und interkulturelle
Kompetenz junger Menschen. Die Erfahrungen, welche die Teilnehmer durch ein
solches Programm machen, sind vielfältig und nicht nur für sie selbst, sondern auch
26 gesellschaftlich höchst relevant.

28 Das 2007 unter Heidemarie Wieczorek-Zeul eingeführte Programm ist sehr erfolgreich.
2008 reisten über 2.200 Freiwillige in Entwicklungsländer, 2009 waren es 3.500. Für
das Jahr 2010 ist ein weiterer Anstieg um rund 1.000 bis 1.500 Freiwillige bereits
30 konkret geplant.

32 Mit der Einführung des Förderprogramms "weltwärts" im Jahr 2007 wurde ein Aufwuchs
auf 10.000 Freiwilligenplätze verfolgt.

34 Die Entsendeorganisationen haben deshalb ihre Planungen daran ausgerichtet. So
wurden zum Beispiel bei der Entsendeorganisation AFS Interkulturelle Begegnungen
e.V. eigens dafür neue Mitarbeiter eingestellt, um den reibungslosen Ablauf dieses
36 Programms zu gewähren.

38 Auch die neue Bundesregierung hatte eine Fortsetzung des erfolgreichen
Freiwilligendienstes versprochen.

40 Die Entscheidung der schwarz-gelben Koalitionsfraktion gegenüber dem
Haushaltsentwurf des BMZ eine Kürzung des Ansatzes von 40 Millionen Euro auf 29
Millionen Euro vorzunehmen hat viele „weltwärts“-Entsendeorganisationen sehr
erschrocken. Es besteht die Annahme, dass bereits zugesagte Entsendungen im
Sommer nicht durchgeführt werden können. Dies führt bei den engagierten jungen
44 Menschen zu Frustration, Enttäuschung und Unsicherheit.

46 Die Zulassung des Antrages als INITIATIV-Antrag zur LDK der Jusos Brandenburg
begründet sich darin dass die Kürzung erst in der ersten Märzwoche im
48 Haushaltsausschuss des Bundestages öffentlich bekannt wurde.

50

4

Zweiter Staatssekretär im Ministerium Infrastruktur und Landwirtschaft

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Die SPD-geführte Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, sich mit folgender Thematik zu beschäftigen:

Im neuen Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft ist die Landwirtschaft unterrepräsentiert.

Um dies zu ändern, sollte ein zweiter Staatssekretär mit landwirtschaftlichen Hintergrund eingesetzt werden. Dieser sollte den Minister in wichtigen agrarpolitischen Themen zur Seite stehen und zusätzlich die Arbeiten im Infrastruktur- und Landwirtschaftsministerium mit dem Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz koordinieren.

18

Antragsbegründung:

20

Das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz wurde auseinander gerissen und das neue "Superministerium" für Infrastruktur und Landwirtschaft gegründet. Dieses Ministerium übernahm Jutta Lieske. Sie ist gelernte Kindergärtnerin, hat sich aber im Laufe der Jahre viel landwirtschaftliches Wissen angeeignet. Mit ihrem Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen "rückte" Jörg Vogelsänger (ihr Staatssekretär) als Minister nach. Er ist ein ausgesprochener Verkehrsexperte. Nun wurde bekannt, dass Rainer Bretschneider sein Staatssekretär wird. Auch er ist Verkehrsexperte. In Agrarland wie Brandenburg braucht ein Agrarexperte in der Landesregierung! Wir brauchen keine neuen Straßen sondern Menschen, die diese Straßen füllen. Und wer, wenn nicht die Landwirtschaft, gibt den Menschen in den ländlichen Regionen Perspektive und Hoffnung? Derzeit haben wir leider die Situation, dass unsere Bundeslandwirtschaftsministerin aus Bayern kommt. Sie hat in den letzten Wochen und Monaten vieles gegen die Ostdeutschen Landwirte getan. Die Kürzung der Fördermittel für Großbetriebe war das schlimmste, was den Neuen Ländern bezüglich der Landwirtschaft je passiert ist. Damit wurden Tore und Türen für eine Zweiklassengesellschaft unter den Landwirten geöffnet. Dabei vergaß sie nie den bayerischen Kleinbauern. Die neuen Förderungen sind nur auf bayerische Kleinstmilchbetriebe ausgerichtet. Für unsere heimische Landwirtschaft bringen diese Förderprogramme nur wenig.

40

Zusätzlich steht der brandenburgischen Landwirtschaft einer der größten Veränderungen nach der Wende bevor. Genannt seien hier nur kurz: die Verhandlung über die EU-Agrarsubventionen, der Klimawandel, neue Pflanzenschutzgesetze, neue Vorgaben zum Boden- und Gewässerschutz, der Demographische Wandel, Flächenverlust durch Infrastrukturmaßnahmen, Industrie und erneuerbare Energien, Gentechnik, Flächenprivatisierung, volatile Märkte, usw.

Brandenburg braucht ein starkes Agrarministerium und wenn Jörg Vogelsänger braucht einen Staatssekretär, der ihm stets zu landwirtschaftlichen Fragen beiseite steht!

Es kam noch nie vor, dass die Landwirtschaft in der Landesregierung derart schlecht vertreten waren. In Bezug auf die bevorstehenden Herausforderungen muss

2 Brandenburg mit einer starken Stimme sprechen, um alle unsere Interessen auf landes-
4 , bundes-, EU- und WTO-Ebene durchzusetzen.

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

2 **I 3** X angenommen

Antragssteller: UB Frankfurt (Oder)

4

Strafamnestie abschaffen

6

Die SPD Brandenburg setzt sich für die Streichung des § 371 Abgabenordnung (Selbstanzeige) ein.

8

10 *Begründung:*

Durch § 371 AO werden Steuerhinterzieher, die sich selbst anzeigen straffrei. Dafür muss die Steuer mit Verzugszinsen lediglich nachgezahlt werden. Diese Bevorteilung von Steuerbetrügern ist ein einzigartiger Vorgang im deutschen Strafrecht. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass der Normzweck verfehlt wird. Keiner, der sich selbst angezeigt hat, ist reumütig bei der Selbstanzeige gewesen. Der Druck der Öffentlichwerdung der Steuerhinterziehung war ausschlaggebend für eine Selbstanzeige. Es kann nicht sein, dass Steuerhinterzieher für ein Vergehen besser gestellt werden, als andere Straftäter. Der ehrliche Arbeitnehmer ist der Dumme.

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

40

4

6 **Gemeinsames Positionspapier zur Hochschulgesetznovelle in Brandenburg 2010**

Eckpunkte für die Hochschulgesetzgebung im Land Brandenburg

8 **1.** Sozialdemokratische Hochschulpolitik hat das Ziel, möglichst vielen Menschen aus
10 allen gesellschaftlichen Schichten den Abschluss eines Studiums zu ermöglichen.
Deswegen muss in Brandenburg sichergestellt werden, dass

- 12 1) mit Hilfe des **Schüler-BaföGs** auch Abiturienten aus einkommens-
schwächeren Elternhäusern der Weg zum Studium erleichtert wird,
14 2) es **keine Studiengebühren bis zum Masterabschluss** gibt und
16 3) alle **Studierende mit einem Bachelor-Abschluss die Möglichkeit
eines Masterstudiums haben** und für diesen Übergang keine
unnötigen Hindernisse vorgesehen werden.

Brandenburg und Berlin bilden einen gemeinsamen Wissenschaftsraum. Daher ist
18 eine verstärkte Kooperation der beiden Bundesländer anzustreben. Das bezieht sich
auch auf die **Abstimmung der bislang unterschiedlichen Regelungen zum
20 Übergang von Bachelor- zu Masterstudiengängen.**

2. Die Hochschulmitbestimmung muss ausgebaut werden. Das betrifft auch den
22 Ausbau der **studentischen Mitbestimmung.**

Durch eine Novelle zum Hochschulgesetz ist ein mit dem **Konzil** in anderen Ländern
24 vergleichbares Hochschulgremium einzurichten. Zu dessen Aufgaben gehört u. a. die
Wahl der Hochschulleitung. In dem Gremium haben **studentische Vertreter einen
26 erhöhten Stimmanteil.**

Die Neuregelung kann sich an die entsprechenden Bestimmungen des
28 **Hochschulrechts in Mecklenburg-Vorpommern** anlehnen.

3. Eine Novelle zum Hochschulgesetz soll vorsehen, dass dem Beratungsgremium
30 „**Landeshochschulrat**“ auch **studentische Vertreter** angehören.

4. Durch Konkretisierung des Brandenburgischen Hochschulrechtes sollten die
32 Hochschulen verpflichtet werden, semesterweise und für den gesamten Studienverlauf
frei wählbare **Teilzeitstudienmöglichkeiten** anzubieten. Nur durch das
34 flächendeckende Angebot eines **Teilzeitstudiums** in den Studiengängen der
Hochschulen kann eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit dem Studium
36 sichergestellt werden.

5. Die Umwandlung der **HFF Potsdam-Babelsberg** in die erste deutsche **Universität
38 für Medien, Film und Fernsehen** ist durch eine Novelle zum Hochschulgesetz
voranzubringen. Ein derartiger Innovationsschritt gibt dem Land ein neues Profil und
40 bringt den Medienstandort Potsdam voran.

6. Die Novelle zum Hochschulgesetz soll auch die Voraussetzungen dafür sichern, nach
42 den Vorschlägen des Wissenschaftsrats eine **länderübergreifende Fakultät für
jüdische Studien Berlin-Brandenburg** zu bilden. Die neue Fakultät soll die
44 regionalen Kapazitäten koordinieren, verbinden und, mit Bundesunterstützung,
erweitern. Zudem würde dies den gemeinsamen Wissenschaftsraum **Berlin-
46 Brandenburg** voranbringen und mit Leben versehen.

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Infrastruktur- und Verkehrspolitik

2 **V 2 X** angenommen

Antragsteller: Landesvorstand

4 **S-Bahn wieder in Hand der Länder**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg möge beschließen:

8 Die SPD-Landtagsfraktion in Brandenburg wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass
10 die Eigenorganisation des S-Bahn-Verkehrs durch die Länder Berlin und Brandenburg
12 auf seine Machbarkeit hin einer ernsthaften Überprüfung unterzogen wird. Sollte sich
infolgedessen eine wirtschaftlich vertretbare Durchführung des S-Bahn-Verkehrs durch
die Länder Berlin und Brandenburg als möglich erweisen, ist auf eine solche Lösung
hinzuwirken.

14 Begründung:

16 Die geplante (Teil-) Privatisierung der Deutschen Bahn AG zeigt deren fatale
Konsequenzen schon bevor sie vollzogen werden konnte. Ein Unternehmen ist für
18 AnlegerInnen nur attraktiv, wenn es ordentliche Gewinne abzuwerfen verspricht. Um
dieser Renditeerwartung gerecht zu werden, wurde die DB AG vor dem geplanten –
20 und mittlerweile verschobenen - Börsengang bereits ordentlich „aufgehübscht“. Ein
Unternehmen, das wie die DB AG jedoch in erster Linie der Daseinsvorsorge dienen
22 sollte, kann diesen Erwartungen unter normalen Bedingungen kaum entsprechen.
Mobilität ist für den Staat (fast) immer ein Zuschussgeschäft. Gewinne steigen nur dann
24 nennenswert, wenn an der Substanz gespart wird. Dies betrifft namentlich das
Streckennetz, Wartungsarbeiten, Zukunftsinvestitionen, etc.

26 Besonders dramatisch sind die Folgen für die S-Bahn Berlin GmbH, eine Tochter der
28 DB AG. Durch Einsparungen die Substanz des Unternehmens betreffend, kam es zu so
gravierenden Sicherheitsmängeln, dass das Eisenbahnbundesamt einschreiten musste
30 und einen Großteil der Zug-Flotte stilllegte. Seitdem versinkt die Stadt in einem
beispiellosen Verkehrs-Chaos. Weil immer neue Hiobs-Botschaften eintreffen, ist ein
32 Ende dieser Krise noch nicht einmal abzusehen. Besonders betroffen sind die vielen
tausend Pendler, die jeden Morgen nach Berlin oder aus Berlin zu ihrer Arbeitsstätte
34 fahren wollen.

2 Da eine S-Bahn in einer Metropolen-Region wie der hiesigen durchaus wirtschaftlich
vertretbar betrieben werden kann, stellt die Durchführung dieses wichtigen Bereiches
4 der Daseinsvorsorge durch die Länder Berlin und Brandenburg durchaus einen
gangbaren Weg zu neuer Verlässlichkeit in der Verkehrspolitik dar. Eine genauere
6 Überprüfung der Machbarkeit erscheint insofern angezeigt.

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34

V 3 X angenommen

Antragsteller: Märkisch-Oderland

Straßenbegleitende Radwege

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

1. Der SPD Landesvorstand Brandenburg, sowie die Landtagsfraktion der SPD in Brandenburg und die SPD geführte Landesregierung Brandenburgs werden aufgefordert, sich für zusätzliche Mittel für straßenbegleitende Radwege einzusetzen. **Der ÖPNV soll darunter nicht leiden.**

Antragsbegründung:

Durch den Bau von straßenbegleitenden Radwegen würde das Risiko von Verkehrsunfällen sinken, da Fahrradfahrer nicht länger gezwungen wären sich auf Straßen zu bewegen. Zusätzliche würde touristische Infrastruktur für Radwanderer geschaffen, die dem individuellen Fremdenverkehr zu Gute käme.

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34



2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34
36

U 1 X angenommen
Antragsteller: Barnim

Windkraftenergie

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern, dass Windparks vorrangig modernisiert, anstatt erweitert werden. Das Hauptaugenmerk soll auf das sog. „Repowering“ gelegt werden.

Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD.

Begründung:

Der Vorteil von Alternativen- und vor allem der Windenergie ist uns allem geläufig. Jedoch hat der zu starke Ausbau von Windkraftanlagen auch Nachteile. So nehmen sie den meisten Landschaften den Reiz. Außerdem verhindern sie den Zuzug neuer Familien auf unsere Dörfer und kleinen Städten.

2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28
30
32
34

U 2 X angenommen

Antragsteller: Frankfurt (Oder)

Klimagas-Klausel ins Vergabegesetz

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern die Landtagsfraktion der SPD auf, zusätzlich zu der bereits vereinbarten Mindestlohnklausel auch eine Klimagas-Klausel ins Vergabegesetz aufzunehmen.

Antragsbegründung:

Brandenburg als eines der Bundesländer mit dem höchsten Anteil an naturgeschützer Landschaft sollte auch in diesem Bereich des Umweltschutzes eine Vorreiterrolle spielen und daher auch eine Klimagas-Klausel in das Vergabegesetz aufnehmen. Der CO₂-Ausstoß der Unternehmen könnte beispielsweise über die erworbenen Emissionszertifikate ermittelt werden.

2 **U 3 X** angenommen

Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin

4 **Sonnenenergie stärker nutzen!**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Die Landtagsfraktion wird aufgefordert in den zuständigen Ausschüssen und Gremien
10 dafür Sorge zu tragen, dass künftig die im Eigentum des Landes stehenden Gebäude
für Anlagen der Solarthermie und Photovoltaik genutzt werden können.

12 Die verstärkte Nutzung und Umrüstung von auf Erdwärme ausgerichteten Heizungsanlagen ist
durch die zuständigen Behörden gleichsam zu prüfen.

14 Antragsbegründung:

16 Brandenburg ist das führende Bundesland beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen.
18 Dabei stoßen Windkraftanlagen auf zunehmend größere Widerstände in der
Bevölkerung. Aus diesem Grund sollten vor allem solche Formen der
Energiegewinnung gefördert werden, welche als möglichst störungsarm empfunden
werden. Eine dieser Quellen kann die Sonnenenergie darstellen.

20 Bislang begleitet das Umweltministerium lediglich lokale Initiativen für eine bessere
22 Nutzung und Umwandlung der Sonnenenergie. Um den Ausbau in diesem Bereich
weiter zu fördern, sollten die landeseigenen Gebäude (und von diesen in aller Regel die
Dachflächen) für eine Nutzung durch solarthermische Anlagen zur
24 Warmwasseraufbereitung und Photovoltaikanlagen zur Stromgewinnung bereitgestellt
werden. Dabei kann offen bleiben, ob die bereitgestellten Flächen vermietet oder selbst
26 genutzt werden

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

2 **W 1 X** angenommen

Antragsteller: LAK Inneres/Bürgergesellschaft

4 **Überarbeitung des Programms ELENA - Daten auf der Chipkarte**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Wir fordern die SPD- Bundestagsfraktion und das Ministerium für Arbeit und Soziales im
10 Land Brandenburg auf, sich für die Schaffung zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen für
12 die in ELENA (Elektronischer Entgeltnachweis) gespeicherten Daten einzusetzen und
diese auf für die Beantragung von Sozialleistungen relevanten Angaben zu
beschränken.

14 Begründung:

16 Der seit Anfang des Jahres bestehende elektronischer Entgeltnachweis plant die
18 Speicherung diverser Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerdaten (Name, Anschrift,
20 Versicherungsnummer, Einkommen von Beginn bis Ende der Tätigkeit, Zeit und Gründe
22 für Fehlen am Arbeitsplatz) zur Erleichterung der Beantragung von Sozialleistungen
24 (Arbeitslosengeld I, Wohngeld, Elterngeld) auf einer Chipkarte, mit der in Kombination
der Behördenkennung diese abgerufen werden können. Man braucht nicht die endlosen
Datenmissbrauchsskandale aufzuzählen um sich darüber bewusst zu werden, dass hier
die Sicherheit der sensibeln Daten nicht ausreichend gewährleistet ist. Zumal einige
dieser überflüssigerweise erhoben werden und für den Anspruch auf Sozialleistungen
nicht relevant sind.

2 **W 2 X** angenommen

Antragsteller: Potsdam

4 **Ombudsfrauen und –männer für Jobcenter/ARGEn**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Wir fordern die SPD Brandenburg und die SPD geführte Landesregierung auf,
flächendeckend unabhängige Ombudsfrauen bzw. Ombudsmänner an
10 Jobcenter/ARGEn einzusetzen, sofern das Land dafür die Kompetenzen trägt und
Forderungen an den Bund heranzutragen, sofern dieser Verantwortungen trägt.

12 Begründung:

14 Schwierigkeiten zwischen den Jobcentern bzw. regionalen Arbeitsgemeinschaften und
deren „Klienten“ sind keine Seltenheit. Manchem Geschädigten bleibt der Gang vor das
16 Sozialgericht aus psychischen, finanziellen oder zeitlichen Gründen jedoch verwehrt. In
anderen Fällen sind die Schwierigkeiten lediglich auf fehlgeschlagene Kommunikation
18 zurückzuführen.

Im Land Brandenburg sollen flächendeckend Ombudsfrauen und -männer eingesetzt
20 werden, die verschiedenste Streitfälle ohne großen bürokratischen Aufwand schlichten
sollen. Die Tätigkeit soll dabei ehrenamtlich, unparteiisch und unabhängig durchgeführt
22 werden. Eine Weisungsbefugnis des jeweiligen Jobcenters bzw. der jeweiligen ARGE
an die Ombudsfrau bzw. den Ombudsmann soll nicht bestehen, da eine
24 unvoreingenommene oder ungefällige Konfliktschlichtung sonst nicht möglich ist.

In NRW hat das Einsetzen von Ombudsräten aus Sicht von Klienten der Jobcenter zu
26 Erfolgen geführt, weil Konflikte zwischen ihnen und der Behörde schneller als vor dem
Sozialgericht und dennoch gesetzeskonform gelöst werden konnten. Leider entschied
28 man sich in NRW später dafür, die eingesetzten Ombudsfrauen und -männer in den
Weisungsbereich der jeweiligen Leitung der Jobcenter zu stellen, was die Zielsetzung
30 konterkariert.

2 **W 3 X** angenommen

Antragsteller: Spree-Neiße

4 **Faire Löhne auch für Auszubildende der Ausbildungsringe in Brandenburg**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die Landesregierung auf...

8 ...sich für eine deutliche Anhebung der Ausbildungsvergütung für Auszubildende, die
über die im Land Brandenburg tätigen Ausbildungsringe, in Kooperation mit der freien
10 Wirtschaft ausgebildet werden, einzusetzen. Eine monatliche Mindestvergütung im
ersten Lehrjahr von 350,- Euro und die jeweilige Aufstockung der Ausbildungsvergütung
12 um mindestens 50,- Euro je weiteres Lehrjahr ist landesweit als Mindestvergütung
festzuschreiben.

14 Antragsbegründung:

16 Derzeit erhalten viele der über die Ausbildungsringe auszubildenden Lehrlinge im Land
Brandenburg eine monatliche Ausbildungsvergütung von durchschnittlich 215 Euro im
18 ersten Lehrjahr, die sich je weiteres Ausbildungsjahr um 10,- Euro erhöht. Ein
Auszubildender / Eine Auszubildende erhält demnach unter Berücksichtigung von 30
20 Wochenstunden betrieblicher Ausbildung (+10h Berufsschule – hier entgeltlich
unberücksichtigt) in einem Kooperationsbetrieb einen effektiven Stundenlohn von 1,79
22 Euro. Im Zuge einer Mindestlohnforderung wie sie die SPD aufstellt von flächendeckend
mindestens 7,50 Euro und unter Betrachtung einer durchschnittlichen
24 Ausbildungsvergütung von 534€ (Ost) bzw. 610 € (West) im ersten Lehrjahr (Stand
01/2010) besteht hier deutlicher Handlungsbedarf – auch für Auszubildende.

26 Zwar urteilte das Bundesarbeitsgericht, dass im Falle einer Ausbildungsfinanzierung
aus öffentlichen Mitteln (hier IHK-Ausbildungsring) die Vergütung erheblich vom
28 durchschnittlichen Tariflohn des Ausbildungsberufes abweichen darf (BAG, Urt. v.
11.10.1995 - 5 AZR 258/94), jedoch erscheint ein Stundenlohn von 1,79 Euro durchaus
30 als unanständig niedrig.

Deshalb muss die Landesregierung die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur
32 Verfügung gestellten Mittel ggf. durch Landesmittel aufstocken, um die öffentlich
finanzierte Ausbildungsvergütung auf mindestens 350,- Euro anzuheben. Mit einer
34 lehrjährlichen Aufstockung um weitere 50,- Euro würde ein Lehrling im dritten Lehrjahr
mit dann 450,- Euro Lehrlingsvergütung immer noch knapp 200,- Euro unter der

2 durchschnittlichen Ausbildungsvergütung von 653,- € in Ostdeutschland bzw. knapp
350,- Euro unter der durchschnittlichen Ausbildungsvergütung von 749 € in
4 Westdeutschland liegen.

In einzelnen Betrieben werden die Auszubildenden zudem als vollwertige Arbeitskräfte
6 eingesetzt, (insbesondere Gastronomie, Garten- / Landschaftsbau, Handwerk). Die
Lehrlinge müssen in den zumeist kleineren mittelständischen Betrieben nach einer
8 kurzen Eingewöhnungsphase voll im Geschäftsbetrieb mitarbeiten, Überstunden etc.
sind dabei keine Seltenheit. In Einzelfällen werden Auszubildenden im dritten Lehrjahr
10 bei entsprechender Eignung Aufgaben übertragen die durch gelernte Fachkräfte nur zu
Mindest- bzw. Tariflöhnen ausgeübt werden könnten. Einzelne Unternehmen sichern
12 sich scheinbar über Praktikanten und Ausbildungsring-Lehrlinge den notwendigen
Personalbestand und vergüten die Arbeitsleistung mit Löhnen die einen Jugendlichen
14 kaum zum engagierten Lernen motivieren dürften.

Leben die Betroffenen zudem in einer Bedarfsgemeinschaft und beziehen üblicherweise
16 zudem Kindergeld wird sowohl das volle Einkommen als auch das Kindergeld
angerechnet. Der Betroffene hat jedoch die Kosten für Bus und ggf. notwendige
18 auswärtige Unterbringung während der Berufsschule zu finanzieren. Eine
entsprechende Anrechnung der mit der Ausbildung zusammenhängenden Kosten ist
20 häufig für die Betroffenen umständlich und in Einzelfällen nicht möglich.

Unter den geschilderten Umständen erscheint es logisch, dass zunehmend Jugendliche
22 eher abwandern und besser vergütete Ausbildungsstellen außerhalb von Brandenburg
annehmen. Zumal die Übernahmechancen in den Kooperationsbetrieben häufig kaum
24 bis gar nicht gegeben sind. Teilweise werden Jugendliche sogar völlig am
Fachkräftebedarf vorbei ausgebildet um vorhandene Personallücken durch
26 entsprechend „passende“ Ausbildungsberufe in den Unternehmen zu schließen (vor
allem in der Gastronomie, Friseurhandwerk, Gartenbau). Den kooperierenden
28 Unternehmen entstehen nämlich lediglich die Kosten der Ausbildungsvergütung im
dritten Lehrjahr, was im Durchschnitt einem Betrag von ca. 2500-3000 Euro entspricht –
30 wohlgerne für eine durchschnittlich drei Jahre im Unternehmen tätige Arbeitskraft. Die
später fertig ausgebildeten Jugendlichen fallen dann in die Arbeitslosigkeit mit wenig
32 Aussicht auf regionale Arbeitsplätze – denn es gibt schlichtweg keinen
lokalen/regionalen Bedarf für die so ausgebildeten Fachkräfte.

34

36

2

4

6

8

10



12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

2
4
6
8
10
12
14
16
18
20
22
24
26
28

O 2 X angenommen
Antragsteller: Frankfurt (Oder)

Ausrichtung LDK 2011

Die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) möge beschließen, dass die LDK 2011 in Frankfurt (Oder) stattfinden soll.

Antragsbegründung:
Begründung erfolgt mündlich.

2 **O 3** X abgelehnt

Antragsteller: Prignitz

4

Mitgliedschaft bei den Jusos Brandenburg - grenzenlos!

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen, dass eine überregionale
8 Mitgliedschaft bei den Jusos Brandenburg ermöglicht werden muss.

10 Begründung:

In Brandenburg gibt es viele linke, sozialistisch bzw. sozialdemokratisch interessierte
12 Jugendliche. Leider ziehen andere Regionen, außerhalb Brandenburgs diese
Jugendlichen bei der Ausbildungs-, Studien- und Arbeitssuche sehr an. Diese
14 Jugendlichen, die oft einen großen Bezug zu ihrem Geburtsgebiet haben, müssen
(noch) fester an die Interessen der Brandenburger gezogen werden. Wir möchten
16 diesen Jugendlichen eine offizielle Mitgliedschaft bei den Jusos Brandenburg, mit allen
Rechten, ermöglichen - auch wenn der Erstwohnsitz außerhalb des Landes
18 Brandenburgs liegt. Eine Mitgliedschaft mit Erstwohnsitz außerhalb der BRD kann
ermöglicht werden, wenn eine Mitgliedschaft im jeweiligen UB schon 3 Monate Bestand
20 hatte.

Eine kooptierte, aber nicht offizielle Mitgliedschaft in einem anderen Landesverband soll
22 zulässig bleiben.

Die Mitgliedschaft bei der SPD steht nicht im Verhältnis mit der Juso-Mitgliedschaft, d.h.
24 der/die Interessierte kann Mitglied in einem anderen SPD-Landesverband sein.

Dies soll vor allem die Mitgliederschwächeren Unterbezirke stärken, die durch eine
26 Aktivenquote von 10 - 20 % oft sehr unterrepräsentiert sind.

28

30